



GRÜNES FRIESLAND

Zeitschrift für die Grünen im Kreisverband Friesland

Ausgabe 12
Winter 25



***Neues aus Hannover,
dem Landkreis und
Frieslands Orten***

Moin tosamen,

platt is cool, nech? Dat denk ik mi ok un daarüm maak ik nu een Kurs bi de Volkshoch-School., „Versöök dat eenfach mal mit Platt“ - ja, wenn dat so licht weer... Man wi seggt ja jümmers, dat „Lebenslanges Lernen“ so wichtig is. Un waarüm nu utrekent platt? Dat kann ik jo vertellen: wiel dat een plezier is! Wi lehrt elk Maandag avends veel gode Saken: mien eerste dusend Worden, dat Gedicht vun't Wiehnachtsmann, de Fraagwöör, de Ammerländer Löffeltrunk, de Geschicht van Upsettdag un Sünnerklaas of veel verscheeden Wöör. Weet jo, wat een „Elführtje“ is? Of een „Mieghammel“? 😊 Ik sün op de Antwoorden von jo anspannt!

Seit Anfang November lerne ich nun fleißig plattdeutsch mit 10 weiteren Kursteilnehmerinnen und Teilnehmern und es macht mir wirklich Spaß, auch Dank unserem super Lehrer Georg! Das Plattdeutsch-Lernen ist eine wunderbare Möglichkeit, meine Heimat anders und neu kennenzulernen und mal was ganz Unpolitisches zu machen. Obwohl, so unpolitisch ist es eigentlich auch nicht. Die Kurse der VHS Friesland gehören zu den freiwilligen Leistungen, die unser Landkreis uns allen bietet. Dabei ist es egal, ob man Plattdeutsch, Ölmalerei, die Erstellung einer Homepage oder Buchführung lernen möchte - es gibt so viele tolle Kurse für die Bürgerinnen und Bürger. Aber nichts ist selbstverständlich, denn politisch müssen wir jedes Jahr im Kommunal- und Landshaushalt dafür kämpfen, dass diese wunderbaren Angebote der VHS bestehen bleiben können. So auch in diesem Jahr und das mehr als je zuvor!

Das Minus im Landkreis-Haushalt wird 2026 bei ca. 40 Mio. € liegen. Gut die Hälfte dieses Defizits entsteht durch die schwierige finanzielle Lage der Friesland Kliniken. Dabei ist es kein Trost, dass es vielen kommunalen Krankenhäusern in Niedersachsen und Deutschland weit ähnlich geht. Denn die finanziellen Lücken in den Gemeinde- und Landkreishaushalten entstehen vor allem durch Aufgaben vom Bund, die die unterste Ebene umsetzen muss, für die sie aber kaum Geld bekommt und wenn ja, zu wenig. Beispiele? Ganztagsbetreuung, Jugendhilfe oder Integrationsleistungen. Der niedersächsische Landesrechnungshof hat erst im November im Kommunalbericht aufgezeigt, wie finanziell schlecht es den Kommunen, Städten und Landkreisen geht. Der Gesamtschuldenstand beträgt mehr als 17 Milliarden (!) €, die Finanzlage verschlechtert sich von Jahr zu Jahr dramatisch. Zwar gibt es mit dem Pakt für Kommunalinvestitionen 100 Milliarden €, die an alle Kommunen, Städte und Landkreise in Deutschland ausgeschüttet wurden, aber auch die Länder behalten davon einen Teil ein, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Wir haben also nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein strukturelles Problem, das dringend gelöst werden muss! Die deutschen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte Deutschland haben deshalb gemeinsam einen Brandbrief an die Bundesregierung geschickt mit der klaren Aussage: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.“

Ich finde das richtig und unterstütze diese Aussage. Und das muss ich als aktive Kommunalpolitikerin sogar, denn wie beschrieben ist der Haushalt des Landkreises Friesland desolat, und auch der Haushalt der Stadt Jever, wo es lange Jahre gut lief, wird es ab 2026 schwerer



haben. Aber ich kann diese Aussage auch als Landespolitikerin unterstützen, denn ich sehe meine Aufgabe darin, unsere Kommunen wie Zetel oder Bockhorn, Städte wie Varel und auch den Landkreis Friesland zu unterstützen - denn da findet das Leben statt! Da sind wir alle zu Hause und da muss es laufen. Wir kommen jetzt an die Substanz der kommunalen Daseinsvorsorge und auch der kommunalen Selbstverwaltung mit diesen Milliarden-Defiziten - und das ist aus meiner Sicht demokratierelevant! Wir müssen handeln, allen voran der Bund und dann auch die Länder. Wir müssen unsere Kommunen fit für die Zukunft machen. Wir müssen ihnen wieder (finanzielle) Luft zum Atmen verschaffen, so dass freiwillige Leistungen möglich sind. Denn sie machen doch erst eine Gemeinde, eine Stadt lebens- und liebenswert. Die Bücherei, das Freibad, die Turnhalle - und der Plattdeutsch-Kurs. Und dafür setze ich mich weiter ein! In den letzten Wochen in 2025 und dann mit voller Kraft im Kommunalwahljahr 2026, auf das ich mich richtig freue!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen schönen Jahresausklang 2025, tolle Weihnachten mit den Lieben und hoffentlich auch ein bisschen Zeit zum Erholen und Entspannen und dann einen guten Rutsch ins neue Jahr! Meine Prognose: 2026 kann nur besser werden!

Munter holln! *Sina*

Die Zukunft liegt im Nordwesten - warum Industrie und Tourismus zusammen gehen kann!

Die gemeinsame Tagung vom Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V. (AWV) und dem IHK-Bereich Friesland/Wilhelmshaven hat eines deutlich gemacht - der Nordwesten steht wirtschaftlich wie politisch an einem Wendepunkt. Da sind zum einen beeindruckende Zahlen aus dem Tourismus: Mit 4,3 Milliarden Euro Umsatz, rund 33 Millionen Übernachtungen und 100.000 Beschäftigten zählt die TANO-Region längst zu den Schwergewichten im deutschen Tourismus. Doch auch weitere Wirtschaftsbereiche zeigen, wohin sich die Region tatsächlich entwickelt – und welches Potenzial bislang ungenutzt bleibt.

Bleiben wir zunächst beim Tourismus. Hier wird es besonders deutlich mit dem „Nordsee-Reisepass“, den TANO-Geschäftsführer Mario Schiefelbein vorstellte. Dieses nachhaltige Tourismusinstrument wird sogar inzwischen in Brüssel als Best-Practice-Beispiel präsentiert – ein Erfolg, der zeigt, wie innovativ die Küstenregion längst arbeitet. Gäste aber auch Einheimische können den Reisepass erwerben und sich an den vielen Stempelboxen an der Nordsee über das Weltnaturerbe Wattenmeer und unsere Region informieren. Mit den Erlösen werden Projekte wie Baumanpflanzungen finanziert - eine runde Sache! Auch die bundesweite „Coolcation“-Kampagne für Sommerurlaub mit angenehmen Temperaturen an der Nordsee mit dem Namen „Sommerbrise - Urlaub extra frisch“ sowie die Nordsee-Wandertage, die bei den Gästen außerordentlich gut ankamen, unterstreichen, dass sich der Tourismus im Nordwesten zunehmend qualitativ ausrichtet. Die Region setzt nicht mehr auf reine Mengensteigerung, sondern auf Wertschöpfung, Erlebnisse und ein zunehmend nachhaltiges Profil - für Gäste, Umwelt und Einheimische gleichermaßen.

Der Tourismus ist aber nicht das einzige Zugpferd der Region. In der Wirtschaft Wilhelmshavens zeichnet sich parallel ein tiefgreifender Strukturwandel ab. Alexander Leonhardt erläuterte die laufende Verschmelzung von Wirtschaftsförderung und Tourismusgesellschaft – ein Prozess, der operative, steuerrechtliche und personelle Ebenen umfasst und die Stadt strategisch neu ordnet. Wilhelmshaven will seine Rolle als logistischer Knotenpunkt, Energy Hub und touristischer Standort gleichzeitig schärfen und damit die Industriezweige der Zukunft in der Region verankern. Auffällig ist, wie wenig öffentlich über die jährlich rund 36 Millionen Euro aus Offshore-Gewerbesteuern gesprochen wird, die nun nach Wilhelmshaven kommen sollen – ein Betrag, der der Stadt und darüber hinaus der gesamten Region mit Friesland, Wittmund und der Wesermarsch enorme Handlungsspielräume eröffnet. Mich irritiert diese Zurückhaltung sehr. Eine Region, die sich im energiepolitischen Zentrum Deutschlands positioniert, sollte das mit den verschiedensten Akteurinnen und Akteuren auch selbstbewusster kommunizieren.

Für meine Arbeit im Landtag ergeben sich aus diesem spannenden Austausch mit dem AWV, der IHK und vielen Unternehmerinnen und Unternehmern der Region mehrere politische Kernfragen: So müssen Einnahmen aus dem Tourismus stärker in die Regionen zurückfließen, aus denen sie stammen. Der Sanierungsbedarf an der Huntebrücke verlangt dringend Redundanzen, da die infrastrukturelle Abhängigkeit inzwischen ein erhebliches Risiko darstellt. Die Elektrifizierung der Bahnstrecken bleibt eine offene Flanke; der Nordwesten darf nicht länger jene Region sein, in der zentrale Infrastrukturprojekte über Jahre hinweg ins Stocken geraten. Friesland und Wilhelmshaven fungieren als Durchleitungsregionen für Energie, Industrie und Schie-

nentransit – und doch profitieren sie bislang nur begrenzt von dieser Rolle. Wenn wir Zukunft gestalten wollen, müssen wir diese strukturellen Ungleichgewichte korrigieren. In der Diskussion um Industrieanstaltungen wurde zudem deutlich, dass Energie und Wirtschaft hier untrennbar miteinander verbunden sind. Industrie folgt Energie – und Startups und Innovationen folgen der Industrie. Dieser Zusammenhang ist für die Region von zentraler Bedeutung. Die Neuaufstellung der JadeBay, der wachsende Einsatz von KI-Anwendungen und die Verbindung von Digitalisierung und Energiewende zeigen, dass der Nordwesten bereit ist, neue Wege zu gehen. Das ist auch für mich als Sprecherin für KI in der grünen niedersächsischen Landtagsfraktion wichtig. Erst kürzlich habe ich unser Grundsatzpapier zur Künstlichen Intelligenz maßgeblich konzipiert; die regionale Entwicklung bestätigt, dass die dort beschriebenen Zukunftsfelder in Friesland und Wilhelmshaven längst Realität werden.

Gleichzeitig verschärfen sich die Flächenkonflikte. Landwirtschaft, Industrie, Tourismus, Wohnungsbau und erneuerbare Energien konkurrieren zunehmend um Raum. Darüber habe ich auch in meinem Podcast mit Prof.Dr.Claudia Kemfert gesprochen, in dem wir über die Energiezukunft und die Rolle von Wasserstoff diskutierten – jenen Energieträger, den sie zu Recht den „Champagner“ nennt. Die Nordwestregion verfügt hier über ideale Ausgangsbedingungen, sowohl infrastrukturell als auch geografisch. Die Hafenzukunft wird ebenfalls eine Doppelrolle spielen: industriell und touristisch. Als ehemaliges Mitglied des Häfenausschusses weiß ich, wie wichtig neue Geschäftsmodelle sind - deshalb haben wir das maritime Recycling jetzt als weiteren „Business Case“ politisch ermöglicht. Und auch im Petitionsausschuss erreichen mich zunehmend Anliegen, die zeigen, wie eng wirtschaftliche Modernisierung und gesellschaftliche Identität miteinander verknüpft sind – zuletzt etwa beim Leuchtturm Roter Sand, einem Symbol mit hoher emotionaler und touristischer Bedeutung. All das sind regionale Aspekte meiner politischen Arbeit in Hannover. Und all diese Eindrücke fügen sich für mich zu einem klaren Bild: Der Nordwesten verfügt über ein Zukunftscluster, das in dieser Form in Deutschland einzigartig ist. Energie, Hafenwirtschaft, Tourismus, Industrie, Startups und Innovation liegen hier so eng beieinander wie in kaum einer anderen Region. Doch dieses Potenzial wird erst dann wirksam, wenn wir es als zusammenhängendes System begreifen, Ideen möglich machen und mutig kommunizieren. Wir dürfen unsere Region nicht kleinreden. Sie ist stark – wirtschaftlich, technologisch und kulturell. Und sie kann noch stärker werden, wenn wir ihre Themen vernetzt denken und politisch wie wirtschaftlich entschlossen gestalten.



Nachhaltiger Tourismus und Zukunft der Landwirtschaft im Fokus

Landtag diskutiert im Septemberplenum auch zahlreiche Anträge zum Thema Mobilität

Tourismus und Mobilität waren zwei der zentralen Themen, die die Abgeordneten bei der Plenarsitzung im September beschäftigt haben. Denn die ostfriesische Halbinsel ist bei Urlauberinnen und Urlaubern zwar super beliebt, doch wie kommen die Gäste eigentlich zu uns an die Küste? Damit die Mobilität nachhaltiger, attraktiver, klimaneutral, verlässlich und vernetzt wird, hat Rot-Grün einen Antrag für einen **Masterplan Mobilität der Ostfriesischen Inseln** ([Drs. 19/8239](#)) in den Landtag eingebracht. „Uns geht es darum, die Ostfriesischen Inseln und die Halbinsel Ostfriesland zusammenzudenken“, so Abgeordnete Sina Beckmann. Mit 5,5 Millionen Übernachtungen pro Jahr zählen die Inseln zu den stärksten touristischen Reisezielen Niedersachsens. „Dort und in den Küstenbädern ist der Tourismus der bedeutendste und oftmals einzige Wirtschaftsfaktor“, ergänzt Beckmann. Diesen gilt es mit einem durchdachten Mobilitätskonzept für die Zukunft attraktiv aufzustellen.

Zu den beliebtesten Fortbewegungsmitteln zählt in Niedersachsen der Drahtesel: Wir sind **Fahrradland Nr. 1** ([Drs. 19/6820](#)) – egal, ob auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkaufen, im Urlaub oder in der Freizeit, das Fahrrad steht hoch im Kurs. Ziel der Landesregierung ist, den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr bis spätestens 2030 auf mindestens 25 Prozent zu steigern. Dafür braucht es durchgehend einladende und sichere Radwege sowie die Verknüpfung mit Bus und Bahn. Hierzu haben die Politiker*innen im Plenum einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Wichtig für den Fortschritt in unserem Land und besonders in unserer Küstenregion ist zudem die **Modernisierung der Hafeninfrastruktur** ([Drs. 19/5979](#)). „Flächendeckend Glasfaser, ein gut ausgebautes Schienennetz, ein Net-Zero-Valley als Vorzeigeregion für nachhaltige und klimafreundliche Weiterentwicklung sowie innovative Standorte – das wünsche ich mir für unsere norddeutschen Häfen. Dafür muss die Finanzierung dauerhaft erhöht werden“, begrüßt Beckmann den gefassten Beschluss des Landtags.

Lehrerstellen aufgestockt

Eine Erfolgsmeldung gab ihr Kollege Pascal Mennen in der Aktuellen Stunde bekannt: es wurden

2460 **neue Lehrerstellen** geschaffen, die alle besetzt werden können. Im kommenden Jahr kommen weitere 1350 Stellen hinzu: „Hier gelingt etwas Herausragendes – und das vor dem Hintergrund steigender Schülerzahlen. Das zeigt, dass Bildung von dieser Landesregierung top priorisiert wird“, so Mennen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Debatten im Septemberplenum waren Themen rund um die Landwirtschaft. Die Doppelnutzung von Flächen zur

werden. Für verbesserte Rahmenbedingungen hat das Plenum hier den Weg frei gemacht. Und noch eine Änderung soll der Landwirtschaft zugutekommen: Boden wird immer teurer und immer knapper. Familienbetriebe und junge Bäuerinnen und Bauern können sich den Kauf oft nicht mehr leisten. Hier soll das **Agrarstrukturgesetz** ([Drs. 19/8144](#)) mit einer Preisbremse Abhilfe schaffen. „Bauerland gehört in Bauernhand, nicht in das Portfolio von Investoren“, so Grünen-Abgeordneter Pascal Leddin.



Diskutiert wurden zahlreiche Anträge der Rot-Grünen Landesregierung, die alle zum weiteren Verfahren in die Ausschüsse verwiesen wurden. Darunter zur geplanten Einführung einer taktischen **Einsatzkennzeichnung aller Polizeikräfte** ([Drs. 19/8238](#)). Mit zugewiesenen, anonymisierten Codes soll Vertrauen gestärkt werden: Verfahren sind überprüfbar. Vorwürfe können dadurch einfacher nachvollzogen und ggf. gehandelt werden.

Gesundheitsprävention und Willkommenskultur

In einem weiteren Block ging es darum, die **zahnärztliche Prävention in den Kitas** ([Drs. 19/8222](#)) zu stärken, um frühkindlicher Karies vorzubeugen, und die **Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung** ([Drs. 19/8228](#)) voranzutreiben. Mit der ePa, der elektronischen Patientenakte, Telemedizin und Bürokratieabbau sind hierbei nur einige Wegmarken zu nennen.

Ein Thema, das nicht nur Politik in vielen Branchen beschäftigt, ist der Fachkräftemangel. Um dem entgegenzuwirken, braucht es qualifiziertes Personal aus dem Ausland. Hier möchte die Rot-Grüne Regierung die **Willkommenskultur** ([Drs. 19/8229](#)) mit vereinfachten Verfahren und regionalen Netzwerken stärken.

Nahrungsmittel- und Stromgewinnung soll mittels **Agri-PV-Anlagen** ([Drs. 19/6542](#)) vorangetrieben werden. Gleichzeitig soll der **Bürokratieabbau** ([Drs. 19/6901](#)) in allen Bereichen weitergehen.

Umstrittene Einsatzkennzeichnung

Biogasanlagen ([Drs. 19/4581](#)) sollen in naher Zukunft vermehrt mit Wirtschaftsdünger und Reststoffen statt mit eigens angesätem Mais betrieben

„Wir haben wieder viele gute Ideen und Änderungen auf den Weg gebracht, um Niedersachsen für die Zukunft zu stärken“, zeigt sich Beckmann zufrieden.



Jever von Oliver de Neidels

Fakten und Details zum neuen Radweg am Elisabethufer und in den Karl-Jaspers-Anlagen

Nach mehreren Anläufen haben wir im Bauausschuss nun endlich eine gemeinsame Linie für den Ausbau des Radwegs an der Duhmsgraft gefunden – vom Elisabethufer bis in die Karl-Jaspers-Anlagen. Damit rückt ein wichtiges Stück moderner, sicherer Radverkehrsführung in der Jevenschen Innenstadt ein gutes Stück näher.

Der neue Weg wird künftig **2,70 Meter breit** (bislang 1,80 m) und damit eigentlich etwas zu schmal für den geplanten **Zweirichtungsverkehr** sein. Mehr Platz ist dort aber aktuell nicht – mit dem Kompromiss können wir aber leben. Der Ausbau umfasst den Abschnitt **zwischen der Ecke Schillerstraße und dem Schlosserplatz**. Die Oberfläche wird aus **sandfarbenem, eingefärbtem Asphalt** bestehen, sodass sich der Weg optisch gut in die umgestalteten Wallanlagen einfügt.

Wesentliche Veränderung: Aus dem bisher lediglich für Radfahrende freigegebenen Gehweg wird ein **echter Radweg (Angebotsradweg)**. Es darf also endlich schneller als Schrittgeschwindigkeit gefahren werden. **Fußgänger müssen künftig im Bereich der Wallanlagen laufen**, wo ausreichend Platz vorhanden ist.

Zwischen **Brauerei und Alter Markt sowie ab Schlosserplatz** bleibt die Radverkehrsführung wei-

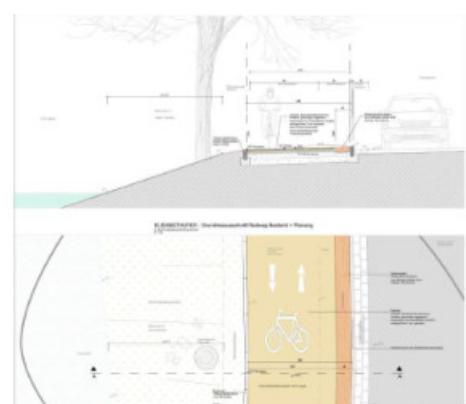
terhin **auf der Fahrbahn** – hier kann baulich kein Radweg entstehen. Die Überleitungen zwischen Radweg und Fahrbahn müssen deshalb besonders klar erkennbar und sicher gestaltet werden. Noch offen ist unter anderem die Frage, wie man am Anfang des Radwegs sicher von der Fahrbahn auf den Radweg gelangt und am Ende wieder zurück. Auch die Einbindung in Richtung Wittmunder Straße ist noch nicht abschließend geklärt. Der Rat hat den dortigen Radwege-Ausbau bereits grundsätzlich beschlossen – nun muss beides sinnvoll miteinander im Nadelöhr des Kreuzungsbereichs Blaue Straße verbunden werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die **Einmündung der St.-Annen-Straße**: Sie muss in einem späteren Bauabschnitt noch sicherer gestaltet werden, da der kommende Zweirichtungsverkehr hier besondere Anforderungen an Sichtbeziehungen und Wegeführung stellt. Wichtig ist eine **schmalere Einmündung**, die das nebeneinander aufstellen von abbiegenden Fahrzeugen verhindert sowie eine **deutlich hervorgehobene Radverkehrsführung** – Unfälle mit abbiegenden Autos sind sonst vorprogrammiert.

Zusätzlich wird entlang der Prinzengraft beim Kreisamt noch ein weiteres längeres Teilstück Radweg gebaut. Ein vollständig geschlossener Radweg

rund um den Graftenring entsteht am Ende jedoch nicht. In den verbleibenden Abschnitten ist zwar deutlich weniger Verkehr und das Tempo reduziert, dennoch gilt: **Der Wechsel zwischen Radweg und Fahrbahn muss überall klar sichtbar und ohne Unsicherheiten möglich sein.**

Insgesamt ist die Einigung ein wichtiger Schritt – auch wenn noch einige Detailfragen offen sind. Für den Radverkehr in Jever bedeutet sie aber vor allem eines: **Mehr Platz, mehr Sichtbarkeit und eine spürbar bessere Führung auf einer wichtigen innerstädtischen Strecke.**





Startups von Sina Beckmann

Gründerkraft in Aktion – mein Blick auf den next Startup Day 2025 in Hannover

Hannover stand am 17. September ganz im Zeichen von Unternehmergeist, Innovation und vernetztem Wirtschaftsdialog. Im Kulturzentrum Faust traf sich die gesamte Startup-Szene Niedersachsens – mit einer Sichtbarkeit, die bundesweit wahrgenommen wurde. Als Sprecherin für Startups der grünen Landtagsfraktion war ich mittendrin: bei den Pitchs, in den Gesprächen und im Austausch zwischen Politik und Startups.

Bereits beim Eintreten wurde klar: Dieser Tag ist kein „nice to have“, sondern ein klares Statement: Niedersachsen will Startup-Land werden! Rund 1.200 Teilnehmende, auf mehreren Bühnen: Workshops, Investoren-Pitches und Matchmaking-Sessions – ein Ökosystem in Bewegung. Die Besonderheit: Gleich drei Spitzenvertreter der Landesregierung eröffneten das Event – Ministerpräsident Olaf Lies, Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne sowie Wissenschaftsminister Falko Mohrs standen gemeinsam im Rampenlicht und machten deutlich: Startups gehören in die Mitte der Wirtschaftspolitik, nicht an ihren Rand! Diese geballte politische Präsenz unterstrich, wie wichtig es geworden ist, junge Unternehmen einzubinden – ob bei Energie, Mobilität oder Digitalisierung.

Im Zentrum des Tages standen nicht nur Keynotes und Reden – sondern echte Begegnungen. Startup-

Gründerinnen und Gründer aus ganz Niedersachsen präsentierten ihre Visionen: von der App gegen Gewalt über Drohnen-Technologie bis hin zu AI-gestützten Inspektionsrobotern im industriellen Umfeld. Ich sprach mit Teilnehmenden aus ganz Niedersachsen, gerade aus den ländlichen Räumen: über ihre Wachstumspläne, über die Frage, wie man Talente aufs Land holt, und über die Rolle von grüner Innovation in ländlichen Räumen. Hier entsteht Potenzial – und hier gilt es, anzusetzen. Und die Politik zeigte hier Flagge. Wirtschaftsminister Tonne brachte es auf den Punkt: „Wenn wir in zehn Jahren bei Mobilität, Landwirtschaft oder erneuerbarer Energie noch mitmischen wollen, geht das nur mit Innovation.“

Für mich heißt das konkret: Wir müssen die Rahmenbedingungen so setzen, dass Gründerinnen und Gründer nicht nur starten, sondern tatsächlich wachsen können – hier in Niedersachsen, im ländlichen Raum, mit echter Wirkung.

Ein Höhepunkt des Abends war die Verleihung des DurchSTARTer-Preises Niedersachsen 2025, mit dem das Land herausragende Gründungsteams ehrt.

In der Kategorie Science Spin-off überzeugte die Histomography GmbH aus Göttingen mit einer

neuartigen Technologie für die hochauflösende Gewebe-Diagnostik – ein Beispiel dafür, wie Wissenschaft direkt in marktfähige Produkte überführt werden kann. Der Publikumspreis im Bereich Impact ging an die PLIX Care Innovation GmbH aus Oldenburg, die Pflege und Digitalisierung verbindet, um Pflegekräfte zu entlasten und Menschen länger ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Und in der Kategorie Newcomer/Scale-up gewann die LBR Engineering UG aus Braunschweig mit einer Technologie zur intelligenten Prozessoptimierung in der Produktion – ein Paradebeispiel für angewandte Ingenieurskunst aus Niedersachsen.

Diese Vielfalt zeigt, dass das Startup-Ökosystem im Land nicht nur wächst, sondern reift: von Hightech über soziale Innovationen bis hin zu industriellen Lösungen. Der DurchSTARTer-Preis macht sichtbar, was Niedersachsen auszeichnet – kluge Köpfe, regionale Stärke und den Mut, Dinge einfach auszuprobieren. Oder wie ich immer sage: Einfach machen! Für mich steht fest: Der next Startup Day war weit mehr als ein Branchentreffen. Er war ein sichtbares Signal, dass Niedersachsen Gründerland ist – offen, vernetzt und bereit, Zukunft zu gestalten. Und ich freue mich schon auf eine Wiederholung!

Politik aufs Ohr: Erneuerbare als Friedensenergien

Anfang Oktober hatte ich bei „Politik aufs Ohr“ das große Vergnügen mit einer Frau zu sprechen, die viele Menschen inspiriert: Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Wir hatten uns zuletzt bei der Jubiläumsfeier von 25 Jahren Deutsche WindGuard in Varel gesehen – und dort fiel ein Satz, der mir nicht mehr aus dem Kopf ging: „Erneuerbare Energien sind Friedensenergien“. Genau darüber wollte ich mit ihr sprechen.

Zu Beginn unseres Gesprächs berichtete Claudia von ihrem Weg in die Energie- und Klimaforschung und davon, wie früh ihr bewusst wurde, wie eng Energiefragen mit sozialer Gerechtigkeit, Wirtschaft und globalem Frieden verbunden sind. Ich konnte das gut nachvollziehen. Auch für mich war der Einstieg in die Energiewirtschaft nie nur ein beruflicher, sondern immer ein Herzensanliegen. Mit meinen Unternehmen in der Biogas- und Photovoltaikbranche erlebte ich, wie sehr Energiepolitik den Alltag prägt – von der Genehmigung über die Finanzierung bis zur Akzeptanz vor Ort. Diese Erfahrungen haben mich letztlich auch in die Politik geführt.

Als Claudia von „Friedensenergien“ sprach, wurde spürbar, wie politisch Energie wirklich ist. Fossile Rohstoffe haben über Jahrzehnte hinweg Machtstrukturen geschaffen, Abhängigkeiten verstärkt und Konflikte befeuert. Wer dagegen auf Sonne, Wind und Biomasse setzt, wird unabhängig – ökologisch, wirtschaftlich und geopolitisch. Keine Kriege mehr um Öl, kein Gas als Druckmittel, keine Unsicherheit durch internationale Krisen: Das ist die Vision hinter diesem Begriff. Und auch in meinen eigenen Projekten sehe ich, was passiert, wenn Energie vor Ort entsteht. Dann profitieren die Menschen, nicht anonyme Konzerne. Das schafft Wertschöpfung, Sicherheit und Vertrauen.

Im weiteren Gespräch ging es um den Stand der Energiewende in Deutschland. Vieles ist in Bewegung, aber der Weg ist noch weit. Der Ausbau der Erneuerbaren kommt voran, doch Bürokratie und politische Uneinigkeit bremsen noch immer. In Niedersachsen haben wir in den letzten Jahren spürbar

an Tempo gewonnen: Die Genehmigungszeiten für Windkraftanlagen liegen inzwischen bei rund drei-einhalb Monaten – vorausgesetzt, alle Unterlagen sind vollständig eingereicht. Bundesweit dauert es oft doppelt so lange. Mit der neuen Akzeptanzabgabe haben wir zudem einen echten Gewinn für die Kommunen geschaffen: 0,2 Cent pro Kilowattstunde fließen direkt in die Gemeinden, in denen Wind- oder Solaranlagen stehen, und weitere 0,1 Cent können über Bürgerbeteiligung ergänzt werden. Allein 2024 entstanden bei uns 127 neue Windenergieanlagen mit über 670 Megawatt Leistung, im

und Wind miteinander verbunden werden. Die Speicherung bleibt der Schlüssel, um echte Unabhängigkeit zu erreichen.

Zum Ende unseres Gesprächs ging es um Motivation und Haltung. Claudia sprach davon, dass sie weitermacht, weil sie überzeugt ist, dass die Energiewende gelingen kann – wenn der Wille da ist. Wir hätten keine Energiekrise, sondern eine fossile Krise. Dieser Satz blieb hängen. Ich kenne die Skepsis, die einem immer wieder begegnet: zu teuer, zu aufwendig, zu ambitioniert. Aber jedes neue Projekt, jede Anlage, jeder Arbeitsplatz zeigt, dass sich der Einsatz lohnt.

Was mich besonders beschäftigt hat, war der gemeinsame Gedanke, dass Erneuerbare mehr sind als Technik oder Politik. Sie sind Ausdruck einer Haltung, eines friedlichen und gerechten Miteinanders. Sie bedeuten Selbstbestimmung, Stabilität und Verantwortung. Als wir uns verabschiedeten, blieb dieses Gefühl: Diese Folge war besonders. Sie hat mir noch einmal deutlich gemacht, warum ich mich politisch engagiere – weil die Energiewende nicht nur Klimaschutz ist, sondern Menschenschutz und damit die Grundlage für eine friedliche und unabhängige Zukunft.

Kiek mol weder in – und hört gern rein in diese Folge von Politik aufs Ohr!



ersten Halbjahr 2025 kamen 91 weitere mit 500 Megawatt hinzu. Um das greifbar zu machen: Je nach Größe der Anlagen bringt das jeder Kommune rund 25.000 Euro und mehr pro Jahr und Anlage ein.

Claudia hob hervor, dass genau solche Maßnahmen entscheidend für den Erfolg der Energiewende sind. Akzeptanz entsteht, wenn Menschen erleben, dass sie profitieren – ökonomisch, ökologisch und sozial. Wir waren uns einig, dass die Zukunftstechnologien längst bereitstehen: Speicher, Wasserstoff und Sektorkopplung. In meinen Projekten zeigt sich schon jetzt, wie zentral Speicherlösungen geworden sind – vor allem, wenn Photovoltaik, Biogas



[Link zur Podcast-Webseite](#)



[Link zur Folge mit Claudia Kemfert](#)

Zwischen Landesverteidigung und lokaler Verantwortung

Schortens im millionenschweren Konflikt zwischen Bundeswehr und kommunaler Planung

Die geopolitische Zeitenwende hinterlässt ihre Spuren längst nicht mehr nur in Berlin oder Brüssel, sondern zunehmend im Herzen deutscher Kommunen. Schortens im Landkreis Friesland steht exemplarisch dafür, wie militärische Infrastrukturinteressen, energiepolitische Ziele, kommunale Entwicklung und private Investitionen miteinander kollidieren. Der mögliche Schaden geht inzwischen weit über planerische Verzögerungen hinaus: Er birgt ein erhebliches Risiko finanzieller und rechtlicher Folgen für Bürgerschaft, Wirtschaft und Kommune.

Der Flugplatz Upjever als sicherheitspolitisches Comeback

Mit dem Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 21. November 2025 wurde die Kommune über die geplante erneute luftrechtliche Widmung des ehemaligen Militärflugplatzes Upjever informiert. Der Platz solle künftig als Ausweichflugplatz dienen und „bedarfsorientiert für Übungen und Einzelflugbewegungen temporär betrieben“ werden. Gleichzeitig wird betont, dass der „gesamtstaatliche Verteidigungsauftrag Vorrang“ vor kommunalen Entwicklungsinteressen habe.

Diese Entscheidung entfaltet tiefgreifende Konsequenzen: Neue An- und Abflugkorridore, Hindernisbegrenzungsfächen und militärische Schutzzonen greifen künftig unmittelbar in kommunale Planungshoheit und private Eigentumsrechte ein.

Windenergieplanungen unter Druck: Bundeswehr lehnt fünf Anlagen ab

Besonders sichtbar wird der Konflikt bei den erneuerbaren Energien. In einer umfassenden Stellungnahme vom 13. Oktober 2025 lehnt die Bundeswehr fünf konkret geplante Windenergieanlagen im Stadtgebiet vollständig ab. Begründet werden die Ablehnungen unter anderem mit potentiellen Radarstörungen, Erfassungsausfällen und der Gefährdung militärischer Flugverfahren. Das Urteil ist eindeutig: Es handele sich um ein „nicht hinnehmbares Risiko“, und eine Zustimmung sei für die geplanten Windenergieanlagen nicht zu erteilen.

Damit werden große Teile des Stadtgebiets, insbesondere südlich des Flugplatzes, zu faktischen Ausschlusszonen für Windenergie. Die Energiewende vor Ort verliert einen entscheidenden Baustein.

Neue Gesetzespläne verstärken den Druck weiter

Der aktuelle Referentenentwurf zum Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz (BwPBBG) verschiebt das Kräfteverhältnis zusätzlich: Militärische Radaranlagen sollen über

§18a LuftVG künftig mit einem weitreichenden Bauverbot geschützt werden, das bereits greift, wenn eine Anlage „gestört werden könnte“. Dies käme einem quasi unbegrenzten Vetorecht der Bundeswehr gleich – auch für Windenergievorhaben, die weit außerhalb klassischer Schutzbereiche liegen.

Für Kommunen und Projektentwickler steigt damit die Investitionsunsicherheit erheblich.

Der oft übersehene Faktor: drohende Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe

Während die rechtliche Diskussion bislang vor allem die Frage der Genehmigung oder Untersagung neuer Vorhaben umfasst, gerät ein weiterer Bereich zunehmend in den Fokus: Kommt es zu einer reaktivierten militärischen Nutzung des Flugplatzes und einer Ausweitung von Schutzbereichen, stehen kommunale Haushalte und private Investoren vor potenziellen Schadensersatzansprüchen in beträchtlicher Höhe.

1. Bürgerinnen und Bürger: Eingriffe in bestehende Wohnnutzung

Für Anwohner in bereits erschlossenen oder bebauten Bereichen entstehen Risiken in mehreren Dimensionen:

- Wertminderung von Immobilien durch Fluglärm, neue Nutzungskonflikte und mögliche Einschränkungen künftiger baulicher Erweiterungen.
- Entschädigungsansprüche bei erheblichen Beeinträchtigungen.
- Konflikte bei bereits erteilten Baugenehmigungen, wenn neue militärische Flugkorridore bauliche Nutzungen beschneiden.

2. Unternehmen und Betreiber von Windenergieanlagen

Für Energieunternehmen und Verbände, die Anlagen bereits geplant oder errichtet haben, drohen:

- Verlust getätigter Planungs- und Gutachterkosten.
- Mögliche Rückbau- oder Stilllegungspflichten.
- Entschädigungsforderungen wegen entgangener Einspeisevergütungen über 20 Jahre.

3. Investoren: Erschlossene Grundstücke ohne realisierbaren Marktwert

Private und institutionelle Investoren, die in betroffenen Bereichen Grundstücke erworben oder er-

schlossen haben, stehen vor existenziellen Risiken:

- Erschließungskosten, die nicht mehr refinanzierbar sind.
- Vertragliche Schadensersatzforderungen aus gescheiterten Grundstücksgeschäften.
- Auseinandersetzungen mit Kommunen.

4. Kommunen: erhebliche Planungskosten und Haftungsrisiken

Auch der städtische Haushalt ist gefährdet:

- Hohe Planungskosten für Bebauungspläne, Gutachten und Beteiligungsverfahren.
- Amtshaftungsrisiken.
- Verlust von Gewerbesteuer- und Pachteinnahmen.

Zwischen Energiewende und Verteidigungsnotwendigkeit

Die Lage in Schortens ist mehr als ein lokaler Konflikt. Sie offenbart ein strukturelles Problem: Der Bund reorganisiert seine Verteidigungsinfrastruktur schneller als bestehende Planungen und Investitionen in Kommunen darauf reagieren können. Militärische und energiepolitische Ziele werden gegeneinander ausgespielt, obwohl beide Bereiche staatlich als „überragendes öffentliches Interesse“ gelten.

Fazit: Ein politischer Weckruf

Schortens steht vor Entscheidungen mit großer Tragweite. Wenn Bund, Länder und Kommunen keinen klar geregelten Umgang mit militärischen Flächenreaktivierungen und den Auswirkungen auf private wie öffentliche Investitionen finden, drohen langwierige Konflikte und erhebliche Wohlstandsverluste.

Die Stadt Schortens ist damit ein warnendes Beispiel dafür, dass Planungssicherheit wieder in die politische Agenda gehört.



Wolfgang Ottens ist Sprecher der Schortenser Grünen und stellvertretender Gruppenvorsitzender der Mehrheitsgruppe im Schortenser Stadtrat



KI-generierte Illustration (DALL-E erstellt mit ChatGPT)

Glosse von Wolfgang Ottens

Wenn der Wind nicht wehen darf – Schortens im Verteidigungsmodus

Es gibt Orte in Deutschland, an denen die Zeitenwende schneller ankommt als die Müllabfuhr. Schortens gehört neuerdings dazu. Kaum hat die Stadt ihre Windkraftpläne sortiert und haben Investoren das Lineal über potenzielle Flächen gelegt, flattert ein Brief aus Berlin ins Rathaus: Der Flugplatz Upjever lebt! Und nicht nur ein bisschen, sondern als „Ausweichflugplatz der Bundeswehr“. Ein Phoenix aus Beton, bereit für „Einzelflugbewegungen“, was immer das in der militärischen Poesie bedeuten mag.

Rotoren? Ja, aber bitte nicht im Radar!

Während Bürgerinnen und Bürger im Süden der Stadt darüber nachdenken, ob sie ihr Haus mit Photovoltaik eindecken oder doch ein kleines Windrad im Garten montieren, erklärt die Bundeswehr: Leider nein. Fünf geplante Windkraftanlagen gefährden nämlich offenbar die nationale Sicherheit. Die Rotoren könnten für Radar aussehen wie feindliche Flugzeuge – und wer will schon, dass ein Vestas V-162 für ein Geschwader Tiefflieger gehalten wird?

Fazit der Truppe: „Ein nicht hinnehmbares Risiko.“ Für wen genau? Für den Anflug? Für den Frieden? Für die Nerven der Radarbediener? Egal – Hauptsache, die Windräder kommen weg.

Die Bundeswehr: neuerdings Stadtentwicklungs-träger

Doch es wird noch besser. Ein neues Bundeswehrbeschleunigungsgesetz soll der Truppe erlauben, militärische Flugplätze einfach mal so umzunutzen: ohne Genehmigungsverfahren, ohne Kommunalbeteiligung, ohne lästige Bürger. Der Rechtsstaat auf Diät – nur noch das Nötigste.

Und für alle, die dachten, sie könnten im Umfeld eines ehemaligen Flugplatzes beruhigt bauen, planen oder investieren, gilt ab jetzt: Herzlichen Glückwunsch, Sie haben in die falsche Zukunft investiert.

Entschädigungen? Natürlich! Aber von wem?

Bürger, deren Häuser plötzlich in Anflugschneisen liegen? Windparkbetreiber, die Millionen versenkt haben? Investoren, deren Grundstücke nun wertloser sind als ein ausrangiertes Rollfeld?

Tja. Man könnte fast meinen, der Staat habe sich vorgenommen, die Wirtschaftsförderung umzudrehen: Von Kommunen zur Bundeswehr. Denn irgendwo müssen die Schäden ja landen – und selten landen sie dort, wo der Jet herkommt.

Und die Stadt Schortens?

Sie blickt auf ihre sorgsam entwickelten Bebauungspläne, die viel Geld, Zeit und Nerven gekostet haben. Und dann auf die Berliner Botschaft: „Wir machen das jetzt anders. Gesamtstaatlicher Verteidigungsauftrag, Sie verstehen.“

Ja, man versteht. Man versteht sogar sehr gut: Wer in Schortens baut, investiert oder plant, sollte vorher keine Windrichtung prüfen, sondern die militärische Großwetterlage.

Der Schlussakkord der neuen Ordnung

Die Energiewende soll schnell gehen. Die Bundeswehr auch. Beides gleichzeitig, am gleichen Ort? Das wäre zu einfach.

Und so steckt Schortens mitten in einem luftrechtlichen Bermuda-Dreieck: Die Windräder dürfen nicht hoch sein, die Häuser nicht zu laut, die Investoren nicht zu empfindlich, die Bürger nicht zu nah und die Bundeswehr nicht zu gestört.

Nur eines darf weiterhin ungebremst wachsen: Die Liste der Betroffenen, die demnächst Schadensersatz verlangen könnten.



Mobilität von Kim Hüsing

Mutig nach vorne – Ostfriesland als Vorreiter

Bus, Bahn oder doch das eigene Auto? Zur Reiseplanung gehört auch die An- und Abreise dazu. Doch welche Wahl haben die Gäste, die zu uns an die Küste kommen? Dieser Frage haben sich einige Podiumsteilnehmende bei der Tourismus-Reihe der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Jever im vergangenen Jahr gewidmet. Und festgestellt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. „Dieses und andere Themen habe ich mit in den Tourismusausschuss des Landtags genommen“, sagt Sina Beckmann, Landtagsabgeordnete der Grünen aus Jever und stellvertretende Ausschussvorsitzende.

Denn nicht zu jedem Schiffsanleger zu den Ostfriesischen Inseln gibt es eine gute Bus- und Bahnbindung. Einige Touristinnen und Touristen haben zwar das Car-Sharing für sich entdeckt – die Nordseeflitzer mit ihren charakteristischen Außenspiegeln, die mit Backbord und Steuerbord beschriftet sind, düsen im E-Modus an der Küste entlang. Doch es gibt bei der klimaneutralen Mobilität noch viel Luft nach oben. „Deshalb haben wir im Tourismusausschuss einen Antrag zur Verbesserung der Mobilität erarbeitet“, berichtet Beckmann. Dieser wird nun erstmals im Plenum in Hannover beraten. „Uns geht es darum, die Ostfriesischen Inseln und die Halbinsel Ostfriesland zusammenzudenken“, so die Abgeordnete. Mit 5,5 Millionen Übernachtungen pro Jahr zählen die Inseln zu den stärksten touristischen Reisezielen Niedersachsens. „Dort und in den

Küstenbädern ist der Tourismus der bedeutendste und oftmals einzige Wirtschaftsfaktor“, ergänzt Beckmann.

Der Antrag „Mobilitätsinfrastruktur im Tourismus stärken“, den die rot-grüne Landesregierung jetzt ins Plenum einbringt, soll hierbei einen Masterplan für die Ostfriesischen Inseln und die gesamte Küstenregion unterstützen. „Viele Gäste genießen bei uns die Ruhe in der Natur, machen Wanderungen im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, sind mit dem Rad unterwegs oder bummeln durch die Küstenstädte“, so Beckmann. Dabei spielt die Mobilität eine entscheidende Rolle. Es geht daher darum, ein umweltfreundliches, ganzheitliches und bedarfsoorientiertes Mobilitätskonzept zu entwickeln. „Wir wollen dabei mutig nach vorne blicken, innovativ sein und alle Formen der Mobilität einbeziehen“, sagt die Jeveranerin. Auch die Verbindungen per Schiff oder Flugzeug zu den Inseln gehören klar dazu. „Einige Reedereien stellen ihre Flotte bereits um, beziehungsweise nehmen E-Fähren in ihre Fahrpläne auf“, so Beckmann.

Mitgedacht werden müssten zudem die Ladeinfrastruktur sowie Leihmodelle für Lastenräder und Co. Um den Gästen einen umfassenden Überblick über die Angebote zu bieten, schlagen die Antragssteller eine digitale Gästecard für die Region vor, in der Verbindungen geprüft, Fahrzeuge geliehen und Veranstaltungen gebucht werden können. „Das Ziel

ist ein attraktives, klimaneutrales, komfortables, praktikables, verlässliches, vernetztes, nachhaltiges und zeiteffektives Mobilitätsangebot, das zudem wirtschaftlich betrieben werden kann“, fasst die Grünen-Politikerin zusammen. „Damit kann die Küstenregion eine Vorreiterrolle für ganz Niedersachsen einnehmen.“



„Frauen! Macht! Politik! – Ein Abend über Erfahrungen, Strukturen und Zukunft“

Mehr als die Hälfte der Wählerinnen sind Frauen, doch an den Schaltstellen der Macht und Politik sitzen nur wenige von ihnen. Noch immer sind alle Parlamente auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene männerdominiert. Im aktuellen Bundestag sind weniger als ein Drittel der Mandate von Frauen besetzt, im niedersächsischen Landtag sieht es nicht viel besser aus, ebenso wie im Kreistag sowie in den friesischen Kommunen. Während der Frauenanteil im Stadtrat von Jever immerhin 42 % und im Wangerland noch 40 % beträgt, sind es in den übrigen friesischen Kommunalparlamenten zwischen 21 und 37 %. Das traurige Schlusslicht bildet der Stadtrat von Schortens: Hier ist nur jedes 7. Ratsmitglied eine Frau.

Unter dem Titel „Frauen!Macht!Politik!“ fand deshalb im November im Kulturzentrum „Tabula Magica“ in Varel ein frauenpolitischer Abend von Bündnis 90/Die Grünen in Friesland statt. Zu Beginn gab es ein Podiumsgespräch, das weniger auf große Thesen setzte als vielmehr auf ehrliche Erfahrungen. Genau das machte den Abend nach Eindruck der zahlreichen Teilnehmerinnen so eindrücklich.

Nach der Begrüßung durch Kreisvorsitzende Dr. Jutta Helmerichs hat die frauenpolitische Sprecherin der Grünen in Friesland, Linn Söderberg-Szymanski, im Podiumsgespräch mit der langjährigen Landtagsabgeordneten und früheren Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages, Meta Jansen-Kucz, sowie der grünen Fraktionsvorsitzenden im Kreis Friesland, Martina Esser, intensive Einblicke in die praktische Politik aus weiblicher Perspektive herausgearbeitet. Offen und ehrlich berichteten die beiden gestandenen Politikerinnen über Machtspielchen und wirksame, stützende Strukturen, die ihnen in ihrem politischen Wirken begegnet sind.

Politik aus weiblicher Perspektive

Schnell wurde klar: Die Arbeit als Frau in der Politik bedeutet noch immer, sich in einem Klima zu bewegen, das oft alles andere als neutral ist. Abwertungen, unterschwelliger Sexismus, Infragestellung



von Kompetenz, persönliche Angriffe - vieles davon ist alltäglich, unabhängig davon, ob man in der Kommunalpolitik oder auf Landesebene arbeitet.

Die geschilderten Erfahrungen waren sehr unterschiedlich, aber sie folgten ähnlichen Mustern. Deutlich wurde auch, wie viel zusätzliche Kraft es kostet, politisch handlungsfähig zu bleiben, wenn man sich ständig behaupten und rechtfertigen muss: nicht wegen der Sache, sondern wegen der Strukturen.

Strategien, um zu bleiben

An dem Abend blieb es jedoch nicht bei der Beschreibung von Missständen. Ein wichtiger Teil des Gesprächs drehte sich um die Strategien, die sich die Politikerinnen im Laufe ihrer Arbeit angeeignet haben, um Angriffe einzuordnen, sich nicht kleinzumachen zu lassen, handlungsfähig zu bleiben und ein Netzwerk an Unterstützer*innen zu knüpfen.

Dabei ging es um klare Grenzen, Selbstschutz und die Vorbereitung auf Konflikte, aber auch darum, nicht jedes Gefecht allein auszutragen. Immer wieder wurde deutlich: Widerstandsfähigkeit entsteht nicht durch Härte, sondern durch Rückhalt.

Solidarität, Netzwerke und ein bewusster Umgang mit Macht

Ein zentrales Motiv des Abends war die Solidarität unter Frauen. Netzwerke wurden nicht als nettes Extra beschrieben, sondern als politisches Fundament. Als Orte, an denen Wissen weitergegeben wird, Zweifel ausgesprochen werden dürfen und

Kraft gesammelt wird - und an denen man sich gegenseitig den Rücken stärkt, wenn der Ton rauer wird. Wie ein freundliches Gesicht und ein ermutigendes Lächeln auch über die Fraktionsgrenzen hinweg in Gremien und Ausschüssen stärkt und trägt. Wo Frauen Frauen unterstützen, für ein beseres Klima in der Politik.

Ebenso offen wurde über Macht gesprochen. Nicht abstrakt, sondern konkret: Wie Macht wirkt, wie sie verletzt, wie sie absichert - und wie wichtig ein machtsensibler, bewusster Umgang damit ist. Machtmittel einzusetzen, wurde nicht als Widerspruch zu feministischer Politik verstanden, sondern als notwendiger Teil davon. Entscheidend ist, wofür und wie Machtmittel genutzt werden.

Ein Abend, der nachwirkt

So war „Frauen!Macht!Politik!“ ein mutmachender Abend mit einem ruhigen, klaren Austausch über politische Realitäten. Viele der Anwesenden nahmen nicht nur neue Gedanken mit, sondern auch das Gefühl, mit ihren Erfahrungen nicht allein zu sein. Zugleich zeigte der Abend, wie wichtig innere Räume sind, in denen Frauen ihre politische Arbeit reflektieren können - ehrlich, solidarisch und ohne taktische Rücksichten. Der Abend machte Mut, weiter sichtbar zu bleiben, Netzwerke zu pflegen und Macht nicht anderen zu überlassen. So lautete das Resümee des Abends: „Für eine paritätische Aufstellung auf den Listen der nächsten Wahlen. Nur Mut, Frauen! Die Hälfte der Macht gehört uns!“



Lange Nacht der Anträge in Hannover – mein Rückblick auf die 51. BDK

Ich war auf dem Bundesparteitag unserer Partei in Hannover – und bin zurückgekehrt mit dem Gefühl: Wir brauchen mehr Klarheit statt endlose Debatten über Formales und Nebenkriegsschauplätze. Für uns ist eine moderne grüne Politik nicht automatisch linker, sondern klarer, pragmatischer, orientiert an den Herausforderungen unserer Zeit und den Lebenswirklichkeiten der Menschen. Die Debatten und Ergebnisse des Wochenendes zeigen, wie dringend wir diesen Kurswechsel brauchen.

Vorgeschaltet zum Parteitag war wieder ein internes Rankingverfahren, das sogenannte V-Ranking, über das Basisanträge zur Diskussion ausgewählt werden – ein Instrument, das zwar demokratisch klingt, in der Praxis aber erhebliche Mängel offenbart. So nahmen nur ein Bruchteil der Mitglieder an dieser Vorauswahl teil, nämlich unter 3% der Mitglieder. Und so endet es leicht, dass Themen – die in der Öffentlichkeit als „grüne Themen“ wahrgenommen werden – gar nicht das Mandat einer breiten Debatte widerspiegeln, sondern nur das Ergebnis eines unrepräsentativen kleinen Kreises sind. Dieses Verfahren erzeugt Realitäten in der Wahrnehmung, die mit dem Rest der Partei und unseren Wählerinnen und Wählern wenig zu tun haben. Ein prominentes Beispiel: Der Antrag zur Abschaffung der Kassenleistung für Homöopathie wurde gewählt – und landete auf der Tagesordnung. Das mag aus wissenschaftlicher Sicht nachvollziehbar sein. Doch mir stellt sich die Frage: Warum debattieren wir so intensiv über Globuli – und nicht umfangreich über drängende Themen wie die Entwicklung der Wirtschaft, die innere Sicherheit oder über die Rente? Woran liegt das: an der Basis oder an der Art, wie wir unsere Agenda strukturieren? Hinzu kommt: Die Zahl der Änderungsanträge allein ist überwältigend. Bei vielen Anträgen kann man kaum auseinanderhalten, was wirklich relevant und realistisch ist – was hilft, was Symbolpolitik bleibt. Ich fürchte, wir lähmen uns mit diesem Verfahren oft selbst – mit dem Ergebnis, dass wir uns im Kleinklein verlieren. Für mich steht fest: Es sollte Aufgabe des Bundesvorstands sein, in enger Abstimmung mit der Parteführung einen klaren Rahmen und Themenkatalog für einen Parteitag oder eine Bundesdelegiertenkonferenz vorzugeben – mit strategisch ausgewählten Schwerpunkten, statt einer endlosen Flut an Einzelanträgen. So könnten wir Debatten bündeln, Prioritäten setzen und uns auf das Wesentliche konzentrieren. Da habe ich volles Vertrauen in unseren Bundesvorstand rund um Franziska Brantner und Felix Banaczak.

Trotz der unübersichtlichen Verfahren gab es dann aber bemerkenswerte Beschlüsse. Der am Freitagabend verabschiedete Antrag, wonach gesetzliche Krankenkassen künftig keine homöopathischen Behandlungen und Präparate mehr erstatten sollen, markiert eine klare Linie: Statt esoterischer

Medizin wollen wir evidenzbasierte Gesundheitspolitik. Ich finde das richtig – das Gesundheitssystem ächzt unter Milliardenverlusten, da können homöopathische Präparate nicht noch durch die Kassen und damit durch jede und jeden Einzelnen von uns finanziert werden. Mit diesem Beschluss haben wir gerade nicht die Verwendung von Globuli und Co. verboten, sondern viel mehr klargemacht, dass die Gemeinschaft nicht für die Kosten aufkommt. Auch in der Debatte über innerstaatliche Sicherheit und Verteidigung gab es Bewegung: Die Partei beschloss eine verpflichtende Musterung junger Männer – zugleich aber betonte sie, dass kein genereller Wehrdienst eingeführt wird. Ansatzpunkte sind, Wehrdienst und Zivilschutz attraktiver zu gestalten und freiwillige Dienste zu stärken. Damit reagiert die Partei auf die veränderte Sicherheitslage – ein Schritt, der grundsätzlich nachvollziehbar ist. Allerdings bleibt unklar, ob wir damit eine nachhaltige Antwort auf Fragen wie Verteidigungsfähigkeit, gesellschaftliche Verantwortung und Si-

cherheit liefern – oder ob wir damit erneut komplexe gesellschaftliche Diskussionen aufschieben. Und ich frage mich, ob es in unserer Gesellschaft funktioniert, mit dieser Freiwilligkeit eine schlagkräftige Bundeswehr aufzustellen? Wir werden es sehen... Dazu habe ich übrigens auch mit dem Oberstleutnant und Grünen-Mitglied Daniel Beer im Podcast von „Politik aufs Ohr“ gesprochen - hört gerne mal in die Folge rein!

Ein Schwerpunkt, der in den Debatten nicht fehlen durfte, war die Außenpolitik: Die Situation in der Ukraine und im Nahen Osten war Thema. Die Partei beschloss – in einem Leitantrag –, die militärische, diplomatische und finanzielle Unterstützung der Ukraine zu intensivieren und weitere Sanktionen gegen Russland zu befürworten. Außerdem wurde klar, dass das Existenzrecht Israels nicht zur Diskussion steht! Diese Entscheidungen zeigen: Wir sind uns bewusst, dass internationale Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten nicht losgelöst



von deutscher Außenpolitik bleiben – und wir wollen als Partei klare Positionen vertreten. Doch gerade hier wird auch deutlich, wie schwer es ist, komplexe Konflikte in einer öffentlichen Debatte so abzubilden, dass sie verstanden werden – ohne dass sie polarisiert werden und unsere eigentlichen inländischen Aufgaben aus dem Blick geraten.

Neben Sachfragen wurde auch der Parteirat neu gewählt. Unter den Kandidierenden war mit Daniel Beer aus Celle ein aktives Mitglied der Bundeswehr – er hätte dem Gremium eine wertvolle Perspektive bringen können. Leider reichte es für ihn nicht: Der Parteirat wurde ohne ihn besetzt. Das finde ich sehr bedauerlich – gerade in Zeiten, in denen Fragen von Sicherheit, Verteidigung, Zivilschutz und Bundeswehr-Präsenz wichtiger sind denn je, hätte uns die Sicht eines aktiven Soldaten gut getan. Diese Entscheidung wirkt symptomatisch für das Problem vieler Gremienwahlen: Die Mehrheitsverhältnisse und strategischen Präferenzen sind bereits vorher relativ klar – sodass kompetente Bewerberinnen und Bewerber für wichtige Posten leer ausgehen, obwohl ihre Erfahrungen und Perspektiven unsere Debatten bereichert hätten. Das ist ein Fehler: Wir brauchen Diversität nicht nur in Herkunft und Geschlecht, sondern auch in Berufsbiografien – damit unsere Politik realitätsnah bleibt und unterschiedliche Lebenswelten abbildet.

Wir Grüne wollen und müssen Verantwortung übernehmen. Aus meiner Sicht heißt das jetzt: Wir müssen selbst Themen setzen – und nicht zulas-

sen, dass uns Themen aufgesetzt werden. Wir brauchen keinen Automatismus aus Votings, Antragsflut und Debattenmarathon. Sondern strategische Themen mit wenigen klaren Schwerpunkten:

Wirtschaft & Arbeit: Nachhaltiges, zukunftsähnliches Wachstum, sichere Arbeitsplätze, faire soziale Sicherung – gerade für Familien und Beschäftigte in Industrie und Handwerk. Außerdem die Themen der Zeit beleuchten, wie die Entwicklung von KI, und Auswirkungen auf die Arbeitswelt aktiv mitgestalten!

Kommunale Finanzen & Infrastruktur: Stärkung der Regionen – mit mehr Geld für die Gemeinden und Landkreise, mit besserer Mobilität, wohnortnahmen Arbeitsplätzen, bezahlbarem Wohnen, Energieeffizienz und Klimaschutz mit sozialem Kompass.

Sicherheit, Verteidigung & Zivilschutz: Eine klare Überzeugung für Verteidigungsfähigkeit und gesellschaftliche Verantwortung – verbunden mit Respekt vor Demokratie und Freiheitsrechten.

Rente & soziale Sicherheit: Für Stabilität und Solidarität im Alter und bei Lebensrisiken – mit realistischer Finanzierbarkeit auch für die junge Generation, nicht mit Wunschzetteln.

Klimaschutz & Nachhaltigkeit: Weiterhin unverzichtbar – aber eingebettet in eine Gesamtpolitik, die ermöglicht, nicht ausschließt. Klimaschutz muss auch wirtschaftliche Vorteile bringen, dann erreichen wir die Menschen.

Wir müssen bei unseren Ideen so kommunizieren, dass Menschen sehen: Grüne Politik ist nicht elitär, sondern lebensnah. Dass sie Mut macht, Verantwortung übernimmt und versteht, was das Hier und Jetzt vieler Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Unternehmen bedeutet. Cem Özdemir hat das in seiner Rede eindrucksvoll rüber gebracht. Er ist ein pragmatischer Politiker, der Baden-Württemberg als „Minischterpräsident“ gut tun würde! Für die letzten Monate bis zur Wahl Anfang März 2026 wünsche ich ihm alles Gute! Es war ein richtiger Schachzug, ihm am Ende der BDK die Bühne zu überlassen - so hat er uns alle noch mal auf das so wichtige Wahljahr 2026 einstimmen können und aufgezeigt, was wir Grüne auch sind: klar, sympathisch, pragmatisch. Auf geht's!

Ich war als Gast auf der BDK und natürlich auch als amtierende Rumormeisterin der Stadt Jever und des Friesischen Brauhäuses zu Jever, Botschafterin für das „Friesisch Herbe“ zu sein, macht mir Freude! Und wie immer ist so ein Parteitag auch eine Art Klassentreffen, und ich freue mich dann riesig, bekannte Gesichter wiederzusehen und neue Menschen kennenzulernen! So hatte ich dann auch einen intensiven Austausch mit der Wirtschaftsvereinigung der Grünen - gerade in Bezug auf meine Lieblingsthemen Startups und KI, wozu wir gemeinsam aktiv werden wollen. Darauf freue ich mich!





Wangerland von Angelika Kirschner

Wir Grüne im Wangerland: Verantwortung in der Krise – klare Vorstellungen für die Zukunft

Als Grüne im Wangerland stehen wir in einer Phase intensiver politischer Verantwortung: Die Insolvenz unserer Wangerland Touristik GmbH (WTG) stellt uns vor große finanzielle, soziale und strategische Herausforderungen. Gleichzeitig startet bereits der Wahlkampf um das Bürgermeisteramt – eine seltene Gelegenheit, dass grundlegende Fragen neu verhandelt werden können.

Wir beobachten mit großer Sorge, wie sehr die WTG, unsere kommunale Tourismusgesellschaft, unter Druck steht. Hier ein paar Fakten dazu:

- Das Amtsgericht Wilhelmshaven hat am 1. September 2025 ein Sanierungsverfahren in Eigenverwaltung eingeleitet.
- Rechtsanwalt Michael Waculik ist als vorläufiger Sachwalter eingesetzt, zudem koordiniert Dr. Christian Kaufmann (PLUTA Rechtsanwalts GmbH) den Insolvenzplan.
- Etwa 180 Arbeitsplätze bei der WTG sind bedroht, zumindest kurzfristig ist jedoch eine Sicherung der Gehälter in Aussicht gestellt worden.
- Ein maßgeblicher Treiber der Krise war die Fehlkalkulation beim Bau des Thalasso-Spa: Statt geplanten 8,8 Mio. Euro wurden Baukosten von circa 23 Mio. Euro erreicht.
- Besonders heikel: das Hallenwellenbad in Hooksiel steht auf dem Prüfstand – laut Sanierungsplan könnte der Betrieb eingestellt werden.
- Ein Bieterverfahren für den Campingplatz Hooksiel und das Hallenbad führte zu Interessenten – aber bisher nicht zu einer gemeinsamen Lösung für beide Einrichtungen.

Für uns Grüne ist klar: Diese Entwicklung verdeutlicht, Prestigeprojekte ohne solide Risikoabschätzung können problematisch sein. Auch zeigt sie, wie wichtig eine transparente und sozialverträgliche Sanierung ist – denn die WTG ist nicht nur ein

Wirtschaftsbetrieb, sondern Teil unserer Gemeinschaft, ein Arbeitgeber und ein Gestaltungsinstrument für nachhaltigen Tourismus.

In dieser Krise sehen wir nicht nur Gefahr, sondern auch Gestaltungschancen:

1. Mehr Transparenz und demokratische Kontrolle: Der Gemeinderat, obwohl Gesellschafter, ist im Verfahren nur begrenzt eingebunden. Wir fordern, dass Entscheidungsträger – Gläubigerausschuss, Sachwalter, Geschäftsführung – verstärkt mit uns und der Bevölkerung kommunizieren. Nur so schaffen wir Vertrauen und Verständnis für schwierige, aber notwendige Schritte.
2. Erhalt sozialer Strukturen: Arbeitsplätze müssen so weit wie möglich gesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung nicht zulasten der Beschäftigten geht, sondern langfristige Perspektiven bietet – mit Beteiligung der Gemeinde, falls nötig.
3. Nachhaltige Neuausrichtung: Der Neustart der WTG ist für uns eine Chance, Tourismus im Wangerland nachhaltiger zu gestalten: weg von hoch verschuldeten Prestigeprojekten, hin zu naturverträglichen Angeboten, mehr Klimafreundlichkeit und fördernder Infrastruktur.
4. Zukunftsfähigkeit durch Energiepolitik: Wir wollen die Sanierung der WTG mit Energie- und Klimapolitik verbinden: Windenergieprojekte, Biogasanlagen und erneuerbare Lösungen können Teil eines resilienteren Tourismusmodells sein, das nicht nur kurzfristig rettet, sondern langfristig trägt.

Parallel zur WTG-Krise läuft der Wahlkampf für das Bürgermeisteramt, und wir Grüne beobachten mit Interesse, wie sich die Kandidierenden positionieren. Bislang sind mehrere Bewerberinnen und Bewerber bekannt:

- Mario Szlezak (SPD) ist der amtierende Bürgermeister und hat angekündigt, für eine zweite Amts-

zeit zu kandidieren.

- Bernd Abrahams (Pro Wangerland) tritt erneut an – er war bereits 2021 Gegenkandidat und wurde nun von der Wählergemeinschaft erneut nominiert.

- Christian Fuchs (parteilos) hat seine Kandidatur ebenfalls offiziell erklärt. Der Gastronom sieht im Wangerland noch ungenutzte Potenziale im Tourismus und setzt auf ein „Wir“, das Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zusammenbringt.

- Thies Fischer (CDU) wurde von seiner Partei als Kandidat für die Wahl am 13. September 2026 genannt. Fischer ist jung (24 Jahre), arbeitet als Diplom-Finanzwirt beim Finanzamt Wilhelmshaven, ist Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbands Wangerland und will „die Finanzen in Ordnung bringen“.

Dieser Wahlkampf ist für uns eine wichtige Phase. Es geht nicht nur um Personal, sondern um Richtung und Werte: Wie steuert Wangerland in eine nachhaltige und finanzstarke Zukunft? Wir werden bei allen Kandidat*innen genau hinschauen: Welche Ideen haben sie für die Sanierung der WTG? Welche Visionen haben sie für eine energiepolitisch moderne Gemeinde? Gleichzeitig sehen wir die Möglichkeit, dass unsere grüne Politik im Rahmen künftiger Koalitionen oder Zusammenarbeit größeren Einfluss gewinnt – gerade wenn es um Tourismus, Klimaschutz und soziale Verantwortung geht. Über allem schwebt scheinbar die WTG-Insolvenz, die wir sehr ernst nehmen. Aber wir wollen nicht nur verwalten: Wir wollen gestalten – mit klarer grüner Handschrift. Der anstehende Bürgermeister-Wahlkampf ist dafür eine große Chance. Und hier stehen für uns zwei große Fragen im Vordergrund. Wie sichern wir in der Krise soziale, wirtschaftliche und ökologische Stabilität? Und wie schaffen wir nach der Krise eine neue, nachhaltige Tourismusstruktur, die stark, resilient und klimagerecht ist? Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger dazu ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen – kritisch, konstruktiv und hoffnungsvoll.

Maria von Jever als Playmobil-Figur: Eine geniale Marketing-Idee

Maria von Jever ist im Grunde die prominenteste Person der Stadt, obwohl sie seit gut einem halben Jahrtausend nicht mehr persönlich vorbeigeschaut hat. Man muss nur einmal durch die Innenstadt laufen: Schloss, Museum, Statuen, Tafeln, Postkarten – Marias Gesicht hat hier wahrscheinlich mehr Sichtkontakte als jeder amtierende Bürgermeister. Und das ist völlig logisch, denn historisch gesehen ist sie diejenige, die Jever durch ein ziemlich unruhiges Jahrhundert manövriert hat. Eine der wenigen Frauen ihrer Zeit, die politische Verantwortung übernommen hat, während um sie herum Friesen, Häuptlinge und Grafen sich gegenseitig das Leben schwer gemacht haben.

Kurz gesagt: Wenn Jever ein historisches Alleinstellungsmerkmal besitzt, dann ist es diese Person.

Weil das so ist, ist sie auch für das Stadtmarketing der zentrale Anlaufpunkt. Die neueste Idee ist so einfach wie genial: eine Playmobil-Sonderfigur. Maria to go. Acht Zentimeter Plastik, mit Haube, Hund und dem Dokument, mit dem sie Jever zur Stadt erhoben hat. Der Rat hat das Projekt beschlossen, im Frühjahr geht die Figur in den Verkauf – und neben den vielen begeisterten Reaktionen gab es natürlich sofort die üblichen Reaktionen (wir sind ja schließlich in Jever): „Braucht man das?“ „Ist doch nur Spielzeug.“ „Was soll das bringen?“

Aber genau da wird es interessant. Denn Spielzeug ist in Wahrheit ein ziemlich unterschätztes Marketinginstrument. Jever ist touristisch hochattraktiv, aber immer noch etwas untervermarktet und mit hohem Potential. Wir müssen aber schon ein bisschen kreativ sein, wenn wir sichtbar werden und bleiben wollen. Da hilft alles, was nicht nach verstaubter Imagebroschüre riecht.

Andere Städte zeigen ganz gut, wie das funktioniert. Allen voran Weimar mit Goethe und Schiller. Der Playmobil-Luther ist ein Verkaufsschlager. Im Schwarzwald gibt es das Schwarzwaldmädchen in typischer Tracht und Neuruppin hat nach Theodor Fontane nun mit Karl Friedrich Schnikel schon die zweite Sonderfigur produzieren lassen.

Der Effekt ist überall der gleiche: Die Figuren lan-

den in Regalen, Büros, Schränken und auf Messen. Und dort bleiben sie stehen, während digitale Kampagnen längst im Algorithmus begraben sind und gedruckte Flyer nach fünf Tagen im Altpapier liegen.

Eine Playmobil-Figur ist niedrigschwellig, sympathisch und funktional. Sie erklärt Geschichte, ohne dass jemand das Gefühl bekommt, er müsse dafür in ein dreistündiges Stadtführungsseminar. Und sie ist gleichzeitig Sammlerstück, Mitbringsel und Markenbotschafter. Spielzeug nimmt man in die Hand, stellt man hin, zeigt man anderen Menschen. Und genau damit passiert das, was Marketing ei-

und vielen Tourist:innen ist sie der Grund, warum sie überhaupt hier sind.

Eine Figur setzt darauf noch einen spielerischen Akzent. Und mal ehrlich: Auch Geschichte darf Spaß machen, ohne dass sofort jemand Angst haben muss, wir würden unser kulturelles Erbe „banalisieren“. Niemand verlangt, dass die Figur als pädagogisches Komplettpaket durchgeht. Es reicht völlig, wenn sie ein Einstieg ist. Ein Gesprächsanlass. Ein Mini-Botschafter. Und ja: ein Souvenir, das im besten Fall in sozialen Netzwerken landet, weil irgendwer ein Foto aus Jever gepostet hat – mit Maria in der Hand und dem Schloss im Hintergrund.



gentlich will: Die Stadt bleibt im Gespräch, ohne dass es künstlich wirkt.

Für Jever heißt das: Wir nutzen endlich das historische Geschenk, das wir ohnehin seit Generationen mit uns herumtragen. Maria ist kein erfundenes Maskottchen, das irgendeine Werbeagentur in Hamburg in einer Sitzung ohne Kontext ausgedacht hat. Sie ist authentisch, lokal und unverwechselbar. Ihr Schloss ist stadtprägend, ihre Geschichte ist Pflichtprogramm in jedem Jever-Buch,

Was damit noch möglich wäre? Viel. Stadtführungen könnten die Figur aufgreifen („Marias Weg durch Jever“ – klingt kitschig, aber funktioniert). Museumsbildung könnte sie benutzen, Schulen sowieso. Auf Messen hat man einen Hingucker, der nicht nach Messe-Give-away aussieht. Und Tourismusaktionen im Sommer könnten spielerische Elemente einbauen – Sammelkarten, Mini-Rallyes, kleine Geschichten rund um die Figur. Die Kosten bleiben überschaubar, der Effekt ist dauerhaft. Eine seltene Kombination.

Entscheidend ist: Wir nehmen etwas, das wir ohnehin haben, und bringen es in eine Form, die heute funktioniert. Kein großes Geld, kein Hochglanzmarketing, sondern ein kleines, sympathisches Objekt, das man weder erklären noch rechtfertigen muss. Und das – vielleicht zum ersten Mal seit langer Zeit – ein Gefühl von „Jever hat etwas Besonderes“ erzeugt, das nicht künstlich wirkt.

Also ja: Es ist nur eine Figur. Aber es ist eben auch ein kleines Stück Stadtidentität aus Plastik. Und wenn man etwas über Jever sagen kann, dann vielleicht das: Manchmal brauchen wir genau solche einfachen Ideen, um daran erinnert zu werden, was wir ohnehin schon haben – wir müssen es nur sichtbar machen. In diesem Fall: acht Zentimeter groß und mit Geschichte im Gepäck. Klarer kann man's kaum erzählen.

Lebenslanges Lernen auch für Abgeordnete

Als Anfang September in Jever viele „Plattsnackers“ zusammen kamen, war ich auch dabei. Nicht, weil ich Platt snacken könnte, verstehen ja, aber sprechen nicht so wirklich, sondern weil mich das Plattdeutsche fasziniert.

Ich finde ja, man kann viele Dinge „op Platt“ sagen, die man auf Hochdeutsch vermutlich nicht, und

schon gar nicht als Abgeordnete, in den Mund nehmen würde..„Klei mi am Mors“ zum Beispiel – klingt irgendwie fast niedlich, aber im Hochdeutschen wirft man sich dieses Schimpfwort eher nicht an den Kopf.

Aber zurück zu Anfang September, denn dort fand die Auftaktveranstaltung zu „Platt is cool“ statt. Un-

ser Ministerpräsident Olaf Lies hat für diese Aktion die Schirmherrschaft übernommen und kam zu uns ins Rathaus. Dort waren mehrere Schulen unserer Region anwesend, in denen Plattdeutsch gesprochen wird und die verschiedene AGs dazu anbieten. Warum diese Aktion? Das Plattdeutsche soll wieder mehr zurück in den Alltag kommen, wir wollen diese Sprache lebendig halten, sie benutzen und auch weiterentwickeln. Und nun kommt der stellvertretende Landschaftspräsident der Oldenburgischen Landschaft, Matthias Huber, ins Spiel. Denn er hielt seine Festrede komplett auf Plattdeutsch!

Das hat mich wirklich sehr beeindruckt, und ich hatte die ganze Zeit so ein leichtes Lächeln im Gesicht. Ich mag die Sprache, ich kann auch viel verstehen, aber ich habe es nie gelernt, sie zu sprechen. „Das will ich auch können“, dachte ich so bei mir. Gesagt, getan. Abends schaute ich auf der Homepage der Volkshochschule Friesland vorbei und fand einen Kurs, wie für mich gemacht: „Plattdeutsch – Versöök dat eenfach mal mit Platt“. Den habe ich gleich gebucht. Wer politisch lebenslanges Lernen fordern und fördern möchte, sollte selbst aktiv werden.

Und so drücke ich nun jeden Montagabend andertthalb Stunden die Schulbank und lerne Plattdeutsch! Un ik kan ji vertellen, dat geiht mi allerbest dar mit. Teihn Minschen in't Kurs willen tosa-men plattdüütsch snacken. Wi lehrt Snackwöör, Grammatik un Luutverschuven. Wat mutt, dat mutt even. Van nix kommt nix un geiht nich, giff' t nich, as ik ümmer segg! Es macht mir viel Freude und bringt mich meiner Heimat auch noch ein Stück näher.

Unser Plattdeutschlehrer Georg Schwitters ist ein toller Typ und bringt uns auch mal spielerisch mit einem Knobelspiel „dat Platt snacken“ bei. Das ist so klasse, dass fast alle jetzt auch schon den Fortgeschrittenen-Kurs für 2026 gebucht haben.

In diesem Sinne: Dat hett mi freit, de Arbeid röpp un de Tied is knapp. Ik mutt nu los un wüns en mooi Dag. Bit anner Maal un munter hollen! **Jo Sina**



Mitglied werden!

**Zukunft
mitgestalten!**
**QR-Code scannen
oder direkt auf
gruene.de**



Varel am Wendepunkt – Warum ein Schwimmbad mehr sagt als tausend Haushaltsreden

Es gibt in jeder Kommune diese Orte, die mehr sind als das, was sie scheinen. In Varel ist es das Hallenbad. Ein unscheinbares Gebäude, technisch in die Jahre gekommen, mit Charme aus einer Epoche, die längst zu verblassen beginnt. Und doch ist es ein Brennglas – für politische Prioritäten, für kommunale Selbstvergewisserung, für die Frage, wie ernst wir es mit der Zukunft eigentlich meinen.

Seit 2016 begleitet mich dieses Bad durch Beratungen, Haushaltsrunden, durch kleine und große Notmaßnahmen. Immer wieder, zu jedem Jahresende, dasselbe Reflex: Hoffen wir, dass die Technik noch einmal durchhält. Dass der nächste Defekt nicht die Wasseraufbereitung trifft. Dass die Reparaturlisten nicht wieder länger werden als der Haushaltsentwurf selbst.

Diese Hoffnung ist bequem. Aber sie ist nicht ehrlich.

Nun hat sich das Zeitfenster geöffnet, das jahrelang verschlossen blieb: Der Bund fördert wieder kommunale Bäder. Nicht großzügig, nicht dauerhaft – aber genug, um einen Schritt zu wagen, den wir viel zu lange gescheut haben. Voraussetzung: eine Machbarkeitsstudie. Eine nüchterne, unabhängige Analyse, die klärt, ob unser Bad saniert werden kann, was das kostet, oder ob ein Neubau am Ende die vernünftigere Lösung wäre.

Es ist eine dieser Situationen, in denen unsere Ratsfrauen und Ratsherren wie auch der Bürgermeister sowie die Stadtverwaltung beweisen müssen, dass sie in der Lage sind, zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu unterscheiden.

Ein Gebäude, das älter wird – und eine Stadt, die wächst

100.000 Euro kostet uns das Bad inzwischen jährlich in der Instandhaltung. Diese Zahl klingt harmloser als sie ist: Sie steht für Überbrückung, nicht für Erneuerung. Zentrale Systeme erreichen das

Ende ihrer Lebensdauer, und die Anforderungen an Schwimmbäder heute sind gestiegen. Vareler Schulen sowie Schulen aus der Region melden steigende Nachfrage nach Schwimmunterricht, Vereine kämpfen um Trainingszeiten und die Zahl der Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer nimmt bundesweit zu. Laut einer DLRG/Forsa-Umfrage können ca. 20 % der Grundschulkinder nicht schwimmen – und dieser Anteil ist in den letzten Jahren sogar gestiegen (DLRG/Forsa, 2022).

Gleichzeitig wächst die Zahl älterer Menschen in Varel, die ein Bad als Teil gesundheitlicher Daseinsvorsorge nutzen. Ein Bad, das nur gerade so funktioniert, wird diesen Bedarfen nicht gerecht.

Sanierung – ökologisch sinnvoll, aber begrenzt

Grüne Politik bevorzugt Sanierung: Jede Tonne Beton, die nicht neu gegossen wird, spart Energie und CO₂. Laut DGNB verursacht eine energetische Sanierung bis zu zwei Drittel weniger graue CO₂-Emissionen als ein Neubau (DGNB, 2021). Das Umweltbundesamt bestätigt, dass die Vermeidung von Neubauten erhebliche Emissionen einspart (Umweltbundesamt, 2020).

Doch auch die beste Sanierung verlängert die Lebensdauer nur um 10 bis 20 Jahre. Moderne Lüftungs- und Wassertechnik lassen sich integrieren, erreichen aber nicht die Energieeffizienz eines Neubaus. Studien der RWTH Aachen (Projekt „EnOB: EnergieeffBäder“, 2019) zeigen, dass Verdunstungsreduzierung und moderne Lüftungssysteme den Energieverbrauch deutlich senken können.

Neubau – zukunftssicher, aber teuer

Ein Neubau könnte 40 bis 50 Jahre dienen, energieeffizient arbeiten, Wärme rückgewinnen, Photovoltaik integrieren und den Betrieb flexibler gestalten. Laut KfW und kommunalen Spitzenverbänden ist ein Neubau ohne Fördermittel für viele Kommunen

wie Varel jedoch nicht finanzierbar; der Bund bietet zwischen 45 % und 75 % Zuschuss (Deutscher Bundestag, 2023). Fördermittel sind für uns entscheidend, aber keine Einladung zu Verschwendungen.

Die Machbarkeitsstudie - ein Verfahren, das Fakten statt Vermutungen liefert

Diese Studie ist nicht der Beginn eines Neubaus – und nicht das Ende der Sanierung. Sie ist das Werkzeug, das die Debatte endlich vom Bauch auf die Beine stellt.

Für unsere Stadt:

- den baulichen Bestand und technische Lebensdauer
- Sanierungs- und Neubauvarianten
- graue und betriebliche Emissionen
- Investitions- und Betriebskosten über 30–50 Jahre
- Personalbedarf, Energieverbrauch, Rücklagen
- und vor allem, welches Modell den Bedürfnissen der Vareler Bürger*innen gerecht wird

Sie ist das, was wir in der Politik so oft scheuen: ein Blick in die Realität.

Varel als Beispiel für nachhaltige Kommunalpolitik

Was sich in unserem Bad zeigt, gilt für die gesamte Stadtpolitik: Klimaschutz und nachhaltige Investitionen sind keine Frage von Ideologie, sondern von Verantwortung. Wer langfristig denkt, muss langfristig rechnen; wer nachhaltig handelt, muss schwierige Abwägungen treffen – Ressourcenverbrauch, Lebenszykluskosten, soziale Teilhabe.

Laut VKU ist mehr als die Hälfte der Hallenbäder in Deutschland sanierungsbedürftig (VKU/ZEIT, 2022). Wir in Varel müssen Fördermöglichkeiten klug nutzen und ökologisch wie wirtschaftlich verantwortungsvoll handeln.

Mut zur Entscheidung

Mut bedeutet nicht, sofort zu entscheiden. Mut bedeutet, sich der Verantwortung zu stellen, ökologische Überzeugung mit wirtschaftlicher Vernunft zu verbinden. Varel steht an einem Wendepunkt: Verzögern wir – oder gestalten wir? Heben wir nur das Alte – oder entwickeln wir Neues?

Die Machbarkeitsstudie ist kein Sieg, keine Niederlage. Sie ist Ausdruck unserer politischen Verantwortung – ein Schritt, den Varel jetzt bewusst gehen muss: ökologisch, ökonomisch und sozial verantwortlich.



Neustart JadeBay mit starkem Signal: Digitales Innovationszentrum eröffnet

Das war am 30.10. nicht einfach nur eine Einweihung. Das war ein Moment, in dem eine ganze Region sichtbar sagte: Wir wollen Zukunft – und zwar gemeinsam. Mit der Eröffnung des Digitalen Innovationszentrums JadeBay (DIZ) stellt sich die JadeBay GmbH neu auf und setzt ein deutliches Zeichen für den digitalen und wirtschaftlichen Aufbruch im gesamten Nordwesten. WIR – Wirtschaft. Innovation. Region. Sieben Buchstaben – JADEBAY. Drei Buchstaben – WIR. Und genau dieses WIR war an diesem Tag greifbarer als je zuvor.

Alexandra Wurm, Geschäftsführerin der JadeBay, und Ministerpräsident Olaf Lies standen vor einem Raum voller Menschen, die eines eint: Bock auf morgen! Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitglieds-Landkreisen Friesland, Wittmund, der Wesermarsch und aus Wilhelmshaven, aus Industrie, Mittelstand, Startups, Energieversorgern, IHKs, Verwaltung und Wissenschaft – alle waren da. Das zeigte mir, wie groß der gemeinsame Wille ist, Digitalisierung nicht nur zu diskutieren, sondern aktiv zu gestalten.

Das DIZ JadeBay ist dabei mehr als ein Ort – es ist ein Werkzeugkasten für die Zukunft einer ganzen Region. Es ist ein Innovationshub am Meer. Hier werden Unternehmen unterstützt, neue Technologien auszuprobieren, digitale Lösungen in den Alltag zu integrieren und innovative Geschäftsmodelle zu entwickeln. Kleine und mittlere Unternehmen sollen genauso profitieren wie Gründerinnen und Gründer oder Verwaltungen, die sich modern aufstellen wollen. Workshops, Ideenschmieden, Prototyping, Netzwerkformate – all das steht künftig im Fokus. Und das ist dringend notwendig, wie ich finde. Der Strukturwandel an der Küste, die Energiewende, der Fachkräftemangel und die wirtschaftliche Transformation brauchen Orte, die Orientierung geben.

Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies zeigte

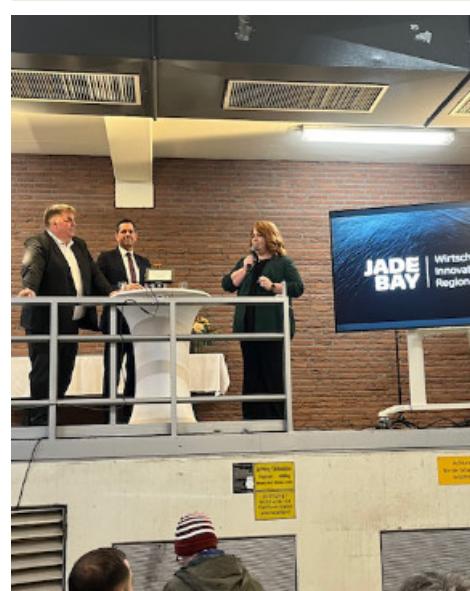
sich begeistert vom neuen Zentrum und betonte die Bedeutung regionaler Innovationsstrukturen. Vertreten waren außerdem NBank-Vorstand Michael Kiesewetter, die Jade Hochschule, EWE, die Oldenburgische IHK, der Hightech Inkubator Oldenburg, die Küstenschmiede und zahlreiche kommunale Akteurinnen und Akteure. Die JadeBay-Region hat an diesem Tag gezeigt, dass sie zusammensteht. Und dass sie bereit ist für einen Modernisierungsschub, der längst überfällig war. Die Neuausrichtung der JadeBay GmbH ist ein Versprechen: Unsere Region kann Zukunft – und wir wollen sie selbst gestalten. Von der Transformationskraft der maritimen Wirtschaft über die Chancen grüner Energieprojekte bis hin zu einer lebendigen Startup-Szene zeigt sich immer deutlicher: Der Nordwesten, WIR, hat enormes Potenzial. Mit dem neuen Digitalen Innovationszentrum bekommt diese Energie erstmals ein gemeinsames Dach. Und so heißt es: Leinen los für eine Region im Wandel!

Ein besonderer Dank gilt Alexandra Wurm, Geschäftsführerin der JadeBay, und ihrem Team. Ihre klare Vision, ihr Mut und ihre unermüdliche Arbeit haben diesen Neustart möglich gemacht. Genau solche Menschen braucht eine Region, die etwas vorhat. Dieser Tag und diese Entwicklung sind ein starkes Signal weit über Wilhelmshaven hinaus. Das DIZ JadeBay ist ein Meilenstein – eben nicht nur für Wilhelmshaven, sondern für die gesamte Region von Friesland über die Wesermarsch bis Wittmund.

An diesem 30. Oktober begann etwas Neues: Eine regionale Innovationskultur, die verbindet. Eine Wirtschaft, die neugierig bleibt. Ein WIR, das Lust auf morgen hat.



[Alexandra Wurm von der Jadebay war bei mir im Podcast zu Gast. Hier könnt ihr euch die Folge mit ihr anhören.](#)



Investitionen in Mobilität, Klimaschutz und Kulturgut „Plattdeutsch“

Schwerpunkte der politischen Liste im Landshaushalt

Ein gut ausgebauter ÖPNV bringt Mobilitätswende, Klimaschutz und Daseinsvorsorge gerade im ländlichen Raum voran – davon ist auch Grünen-Landtagsabgeordnete Sina Beckmann überzeugt. Deshalb setzt sie mit den Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD hier 2026 ein deutliches Zeichen. Denn ein Schwerpunkt der so genannten politischen Liste – also der Themen, die politisch gesetzt im Haushalt des Landes mit mehr Mitteln verankert werden – ist der öffentliche Personennahverkehr.

10 Millionen Euro stellt das Land zusätzlich bereit, um Bus- und Bahnverbindungen zu sichern, damit nachhaltige Mobilität in vielen Regionen gestärkt wird. „Ein verlässlicher ÖPNV ist Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe und klimafreundliche Mobilität“, so Beckmann. „Gerade bei uns im ländlichen Raum müssen Menschen mobil bleiben können, auch wenn sie kein eigenes Auto haben.“

Auch beim Klimaschutz und in der Landwirtschaft setzen Grüne und SPD Akzente: „Klimaschutz ist keine abstrakte Idee, er beginnt hier bei uns, auf unseren Feldern, an unseren Flüssen und in unseren Kommunen“, betont die Grünen-Politikerin aus Jever. Deshalb weist sie ausdrücklich auf die zwei Millionen Euro hin, die über die politische Liste zusätzlich für die Förderung des Wassermanage-

ments, sprich Hochwasser- und Küstenschutz, investiert werden. Acht Millionen Euro fließen in den Schutz der Böden und die Förderung des ökologischen Landbaus, weitere Mittel stehen für Projekte zu erneuerbaren Energien und Artenschutz bereit.

Als Friesländerin und stellvertretende Vorsitzende des Tourismusausschusses des Landes freut sich Beckmann, dass auch das Destinationsmanagement mit zwei Millionen Euro mehr unterstützt wird: „Der Tourismus ist für Niedersachsen ein sehr wichtiger Wirtschaftszweig.“

Gefördert werden auch kleinere Kulturinitiativen und konkret die Plattdeutsche Sprache, die mit 320.000 Euro Erwähnung in der politischen Liste findet. „Ich lerne gerade im Plattdeutschkurs ‚Versöök dat eenfach mal mit Platt‘ an der VHS Friesland viel über unsere Kultur und Sprache an der Nordseeküste. Ich finde es super, dass es diese Möglichkeit gibt und die Sprache so erhalten bleibt“, sagt Beckmann.

Am Herzen liegen den regierenden Landtagsfraktionen weiterhin die Sportstätten. Genau wie im laufenden Haushalt werden zusätzliche Gelder in den Ausbau und die Sanierung der Sportstätten im Land eingebracht, konkret 15 Millionen Euro.

Insgesamt fließen 93,5 Millionen Euro zusätzlich durch die Vorgaben der Politik in Projekte für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie, Kultur, Klimaschutz und Mobilität. „Uns Grünen ist es wichtig, dort zu investieren, wo Zukunft und Zusammenhalt gestaltet werden: bei Mobilität, Umwelt, in Vereinen, beim Sport und Bildungseinrichtungen“, sagt Beckmann.

Von diesem Geld, das Rot-Grün gezielt einsetzen will, sollen außerdem Studierende profitieren: Mit fünf Millionen Euro unterstützt das Land künftig wieder das „Niedersachsen-Menü“ in den Hochschul-Menschen; ein Angebot für bezahlbares, gesundes und auch regionales Essen. „Gerade in Zeiten hoher Preise ist das ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit und Wertschätzung studentischen Lebens“, sagt die Grünen-Landtagsabgeordnete.

Mit der politischen Liste 2026 setzen Grüne und SPD ein deutliches Signal: Niedersachsen, so Beckmann, investiere in Zusammenhalt, Nachhaltigkeit und Zukunft – vor Ort in Friesland sowie im ganzen Land. Und das liege der Politikerin, die sich für Startups, Innovationen und Künstliche Intelligenz einsetzt, besonders am Herzen.

Offshore-Steuern in Millionenhöhe für Wilhelmshaven

Beckmann begrüßt Pläne des Finanzministeriums

Die rot-grüne Landesregierung möchte die Gewerbesteuer von Offshore-Windparks für Niedersachsen sichern. Und Wilhelmshaven soll davon profitieren. „Das sind gute Nachrichten. Die Stadt kämpft genau wie andere Kommunen mit wachsenden finanziellen Herausforderungen. Da sind zusätzliche Steuereinnahmen eine Hilfe“, sagt Grünen-Landtagsabgeordnete Sina Beckmann. Die Je-veranerin betreut den Wahlkreis Wilhelmshaven mit und freut sich über den dortigen Aufschwung.

„Mit der Grünen Region am Meer, nachhaltiger Entwicklung und dem großen Wirtschaftspotenzial der Stadt ist Wilhelmshaven auf einem sehr guten Weg“, ist Beckmann überzeugt. „Doch für Bildung, Stadtentwicklung, Energy Hub und Klimaschutz braucht es Investitionen und dafür Geld.“

Die zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen in Millionenhöhe wären in Wilhelmshaven daher gut investiert, ist die Grünen-Abgeordnete sicher. Möglich macht dies eine Änderung der entsprechenden Landesverordnung. Bisher haben die Betreiber der Offshore-Windparks vor der niedersächsischen

Nordseeküste ihre Steuern entweder am Sitz ihres Unternehmens oder direkt an das Land Niedersachsen entrichtet. Doch ein Urteil des Bundesfinanzhofs macht eine Änderung notwendig.

Demnach dürfen nur Gemeinden Gewerbesteuern von einem Betrieb im Küstenmeer erheben. Das Land plant daher durch die Verordnung die sogenannte Hebeberechtigung nach rechtlichen und finanzpolitischen Erwägungen an die Stadt Wilhelmshaven zu übertragen. Ab 2026 könnten so rund 110 Millionen Euro durch die Steuereinnahmen für die Windparks nach Wilhelmshaven fließen. Über den kommunalen Finanzausgleich müsste die Jadestadt zwar rund 65 Millionen Euro an andere niedersächsische Kommunen umverteilen, zusätzlich erhalten Bund und Land gemeinsam rund 9 Millionen Euro. Dennoch blieben der Stadt Wilhelmshaven rund 36 Millionen Euro Mehreinnahmen.

Derzeit befindet sich der Entwurf der Änderung der Landesverordnung in der Verbandsbeteiligung. „Ohne diese Änderung verliert Niedersachsen eine

Menge Geld. Denn die Betreiber der Windparks haben ihre Geschäftsführung in der Regel nicht bei uns im Land sitzen, sodass die Offshore-Steuern woanders hinfließen würden“, unterstützt Beckmann die Pläne des vom Grünen-Politiker Gerald Heere geführten Finanzministeriums.



Hitzige Debatten um E-Autos, Stallumbau und Wölfe in Niedersachsen

Dreitägige Landtagssitzung widmet sich im Oktober vielfältigen Themen

Der **Automobilgipfel** der Bundesregierung hat das Landtagsplenum im Oktober geprägt. Gleich an zwei Morgenden wandte sich Ministerpräsident Olaf Lies mit einer Regierungserklärung an die Abgeordneten. Der Austausch danach war turbulent, doch das Ziel der rot-grünen Landesregierung bleibt klar: Klimaneutralität in der Mobilität 2035. Die Zukunft fährt elektrisch und effizient, um es mit den Worten des Grünen-Fraktionsvorsitzenden Detlev Schulz-Hendel zu sagen. Daran würden auch die rückwärtsgewandten Debatten der Opposition nichts ändern.

Die Grüne-Landtagsfraktion trieb zudem noch ein anderes Thema um: Mit dem abrupten Ende des Bundesprogramms zum **Stallumbau in der Schweinehaltung** hat Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) vielen Betrieben in Niedersachsen die Perspektive genommen. „Dieses Vorgehen ist ein Schlag ins Gesicht all jener Landwirtinnen und Landwirte, die sich auf den Weg gemacht haben, Tierwohl und wirtschaftliche Zukunft zusammenzubringen“, so Landtagsabgeordnete Sina Beckmann. Dies machte im Landtag auch ihr Kollege Christian Schroeder in der Aktuellen Stunde sehr deutlich: Wer heute in moderne, tiergerechte Stallkonzepte investiere, brauche Planungssicherheit über Jahre, nicht kurzfristige Förderstopp nach Lust und Laune des Ministers.

Doch auch ohne diese beiden aktuellen Themen gab es reichlich Diskussionsbedarf rund um die Anträge der rot-grünen Landesregierung. So wurde beschlossen, die **Lehrkräfteausbildung** ([Drs. 19/6807](#)) weiterzuentwickeln. Es wird mehr Praxisanteile geben, um dem „Praxisschock“ in der ersten Zeit als ausgebildete Lehrkraft entgegenzuwirken. Außerdem soll der Quereinstieg erleichtert werden, unter anderem durch einen speziellen Masterstudiengang an ein bis zwei Hochschulen im Land. „So wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen“, sagt Beckmann.

Ein die Politik stetig begleitendes Thema ist der **Abbau von Bürokratie** ([Drs. 19/6543](#)). Digitalisierung, Verschlankung von Verfahren und das „Once-Only“-Prinzip, also die einmalige Datenerfassung für mehrere Stellen, sollen helfen, gerade das Handwerk wettbewerbsfähig aufzustellen.

Hochwasserschutz und Vorsorge

„Noch deutlich in Erinnerung ist mir das **Weihnachts-Hochwasser** 2023. Rund 120.000 Helferinnen und Helfer haben nach dem Rekordniederschlag Schlammmeres wie Deichdurchbrüche verhindert. Leider wird diese Naturkatastrophe nicht die letzte ihrer Art bleiben. Aufgrund des Klimawandels müssen wir uns den neuen Herausforderun-

gen stellen und haben jetzt einen umfangreichen Prüfantrag für effizientere Abläufe, Optimierungen und eine mögliche Versicherungspflicht für Elementarschäden beschlossen ([Drs. 19/3373](#))“, erläutert die Jeveranerin einen weiteren wichtigen Punkt auf der Tagesordnung.

Manchmal geht es auch in Hannover ganz schnell: Im September wurde im Plenum erstmals über die **zahnärztliche Vorsorge in Kitas** ([Drs. 19/8222](#)) debattiert. Und im Oktober dann gemeinsam mit der CDU beschlossen, dass alle Kinder in den Kitas von einer frühkindlichen Zahnprophylaxe profitieren sollen. Zukünftig ist keine Einwilligung der Eltern mehr einzuholen – alle nehmen ohne bürokratischen Aufwand an dem Termin in ihrer Einrichtung teil. Gleichzeitig behalten die Eltern aber die Möglichkeit, dieser Untersuchung zu widersprechen.

Beschlossen wurde außerdem der **Masterplan Marienburg** ([Drs. 19/6281](#)) um die kultur- und landesgeschichtliche Bedeutung des Welfenschlosses in der Region Hannover zu bewahren.



Ein weiterer Beschluss sieht Schutzkonzepte bei **Filmproduktionen** ([Drs. 19/5326](#)) sowie unabhängige Anlaufstellen für Betroffene von sexueller Belästigung in der Branche vor. Ziel ist ein respektvolles, sicheres Arbeitsumfeld für alle Filmschaffenden, so Fraktionsvorsitzender Detlev Schulz-Hendel.

KI-Einsatz in Wissenschaft und bei der Polizei

Einen ersten Aufschlag im Parlament gab es hingegen für den Einsatz von **KI im Bereich von Wissenschaft und Forschung** ([Drs. 19/8548](#)). So sollen Strategien erarbeitet werden, um den Einsatz künstlicher Intelligenz im Rahmen von Prüfungen zu klären, allen den Zugang zu KI-Tools zu ermöglichen und einen fairen Umgang zu gewährleisten. „Künstliche Intelligenz ist die Schlüsseltechnologie unserer Zeit. Deshalb haben wir Grünen hierzu ein Grundsatzpapier verfasst und erwecken es in der kommenden Zeit mit Anträgen und einer Veranstaltungsreihe zum Leben“, so Beckmann als Sprecherin ihrer Fraktion für Innovationen, Start-ups und KI.

„Die revolutionäre Technologie KI kann in vielen gesellschaftlichen Bereichen Erleichterung bringen. So haben wir als rot-grüne Landesregierung einen Antrag eingebracht, um die **Zentralisierung und Digitalisierung von Gebührenerhebungen** bei der Polizei ([Drs. 19/8549](#)) voranzubringen, um die Effizienz zu steigern. Diese soll bis Jahresende landesweit eingeführt werden“, sagt Beckmann nach der dreitägigen Sitzung.

Debatten um den Wolf

Für einiges Unverständnis im Landtag sorgte ein Antrag der CDU zum Thema Wolfsmanagement. Die Opposition wirft der Landesregierung Untätigkeit vor – doch der grüne Umweltminister Christian Meyer widersprach dem entschieden. Schließlich liege der Ball beim Bund, um Rechtssicherheit zu schaffen – und dessen Handeln lasse leider auf sich warten. Pauschale Obergrenzen für Wölfe, wie im Antrag gefordert, machten keinen Sinn. „Wir müssen uns stattdessen die Rudel angucken, in denen es vermehrt Probleme mit Rissen von Weidetieren gibt“, betonte Meyer. Als Beispiel nannte er die Region Cuxhaven. Er werde handeln, sollte es zu weiteren Vorfällen kommen – und notfalls die Schelte einstecken: „Wir können nicht warten, bis der Bund seine Hausaufgaben macht.“

Um den ländlichen Raum ging es auch bei einem weiteren Antrag. So sei es wichtig, auch jungen Straftäterinnen und -tätern eine zweite Chance zu geben. Hierbei helfen **ambulante sozialpädagogische Angebote** ([Drs. 19/8547](#)), die Halt bieten und mit den Jugendlichen neue Perspektiven entwickeln. Ziel eines rot-grünen Antrags hierzu ist, die Förderung dieser bewährten Angebote zukunfts-fest aufzustellen. „Dabei nehmen wir insbesondere den ländlichen Raum in den Blick, um allen die gleichen Möglichkeiten der Unterstützung bieten zu können“, so Beckmann.

Hauswirtschaft stärken

Wie koch ich ein gesundes Mittagessen, reiche meine Steuern ein und wasche meine Kleidung effizient? Dies sind Alltagskompetenzen und Schlüsselqualifikationen für soziale Teilhabe. Damit auch die Jüngsten lernen, ihren Alltag selbstbestimmt zu bewältigen, leisten Schulen und Ganztag hierzu einen Beitrag. **Hauswirtschaft** ([Drs. 19/8550](#)) soll jedoch weiter gestärkt werden, auch durch eine bessere Bezahlung. Dafür setzt sich die rot-grüne Landesregierung in einem gemeinsamen Antrag ein, der jetzt genau wie die oben genannten Themen in den Fachausschüssen beraten werden.



Tradition von Sina Beckmann

Zwischen Bierprobe und Maria-Jahr: Mein Start als Rumormeisterin

Am Abend des 10. Oktober wurde in Jever wieder ein Stück gelebte Tradition gefeiert: die jährliche Bierprobe. Es ist der Moment, in dem die „gestrenge Prüfungskommission“ über den neuen Sud urteilt und anschließend die oder der neue Rumormeister/in ernannt wird. In diesem Jahr fiel diese besondere Aufgabe mir zu. Ich wurde zur 332. Rumormeisterin der Stadt Jever ernannt – als erst fünfte Frau in diesem traditionsreichen Amt. Der Augenblick war bewegend, und ich bin wirklich stolz. Zwischen Brauereiduft, Stimmengewirr und gespannter Erwartung bin ich mir bewusst, dass dieses Amt weit über das symbolische „Einschenken“ hinausgeht. Die Rumormeisterin steht für unsere schöne Marienstadt, für Braukultur, Gemeinschaft und Verantwortung. Sie begleitet die offizielle Bierprobe, vertritt Jever und seine Brautradition über das Jahr hinweg und soll – wie es im Ursprung des Amtes heißt – „für Ordnung und gutes Bier“ sorgen.

Meine Amtszeit läuft nun von Oktober 2025 bis Herbst 2026. Ich starte die Amtszeit in einem besonderen Jahr, das eng mit der Geschichte der Stadt verbunden ist. Denn 2025 ist Maria-Jahr – 525 Jahre nach der Geburt und 450 Jahre nach dem Tod von Maria von Jever, der letzten Regentin der Herrschaft Jever. Sie verlieh der Stadt im Jahr 1536 die Stadtrechte und gilt bis heute als Symbol für Mut und Weitblick. In meiner Antrittsrede fragte ich also: „Wie zufrieden wäre Maria heute?“ und knüpfte damit an ihre Haltung an, die Stadt modern und offen zu gestalten. Meine Beispiele: das sanierte Schloss, die innovative Begegnungszone am Kiebitzplatz, das Online-Streaming der Ratssitzungen oder der Umbau zum klimafitten Schlosspark. Und genau das möchte ich in meiner Amtszeit als Rumormeisterin fortführen: Jever nachhaltig weiterentwickeln – gemeinsam mit der Stadt, dem Rat und der Brauerei. Denn Braukultur ist hier bei uns

kein reines Wirtschaftsthema, sondern Teil unseres Selbstverständnisses. Meine Amtszeit endet im Herbst 2026 – da finden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. Und bis dahin wünsche ich mir, dass wir alle im Wahlkampf stets das Verbindende suchen und als Parteien, auch wenn wir unterschiedlicher Ansichten sind, fair und offen miteinander umgehen – so wie es Maria gefallen hätte.

Gemeinsam machen wir Jever fit für die Zukunft und gleiches sollte auch für die Brauerei gelten. In Deutschland gibt es über 7.500 Biersorten und jede von ihnen erzählt ein Stück regionale Geschichte. Dass Jever und das Friesische Brauhaus zu Jever in dieser Vielfalt einen festen Platz haben, verdankt es der Qualität, der handwerklichen Kontinuität, auch durch unseren hervorragenden Braumeister Mirko Albrecht und der engen Verbindung zur Region. Dieses Bewusstsein möchte ich stärken – mit Projekten, die eben Brautradition, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft miteinander verbinden. Meine Ideen reichen von neuen Formen der Begegnung über Formate, die zeigen, was regionale Wertschöpfung heute bedeutet, bis hin zu kleinen Aktionen, die die Stadt und die Brauerei näher zusammenbringen. Ich möchte das Amt nutzen, um Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen – über das, was uns verbindet, und über das, was wir gemeinsam gestalten können.

Als ich also an diesem Oktoberabend die Ernennungsurkunde entgegennahm, habe ich mit Freude an Jeters Zukunft gedacht und dann mit einem frisch gezapften Jever Pilsener des gerade freigegebenen neuen Jahrgangs gemeinsam mit allen angestoßen und zum Abschluss des Abends meinen Rumorhammer geschwungen. Das wird ein spannendes Jahr!





Ausschussreise von Sina Beckmann

Demokratie leben und erleben – Der Petitionsausschuss auf Delegationsreise in Schottland

Wie lebendig Demokratie sein kann, zeigt sich oft erst im internationalen Austausch. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen des niedersächsischen Petitionsausschusses durfte ich auf einer Delegationsreise nach Schottland erleben, wie Bürgerbeteiligung, Forschung und Politikberatung dort ineinander greifen – inspirierend, modern und überraschend nahbar. An so einer Ausschussreise nehmen die Mitglieder des Ausschusses und einige Verwaltungsmitarbeitende teil. Mein Kollege Nicolas Mühlbrecht Breer und ich sind mit dem Zug angereist, eine spannende Erfahrung! Von Oldenburg über Köln nach Brüssel. Dort haben wir übernachtet und sind dann am nächsten Morgen mit dem Eurostar durch den Tunnel nach London gefahren und von dort noch mal 5 Stunden mit dem britischen ICE nach Edinburgh. So lernt man ein Land viel besser kennen als mit dem Flugzeug - das übrigens die Kolleginnen und Kollegen von SPD, CDU und auch die Verwaltung nutzten.

Tag 1: Demokratie zum Anfassen im Schottischen Parlament

Gleich der Auftakt unserer Reise war sehr eindrucksvoll: Das Schottische Parlament in Edinburgh empfing uns mit offener Architektur – viel Holz, Licht und modernster Technik. Hier spürt man, dass Demokratie Raum bekommt. Besonders spannend war für mich der Austausch mit dem schottischen Petitionsausschuss. Die Strukturen ähneln unseren, doch die konsequente Digitalisierung und der direkte Zugang für Bürgerinnen und Bürger sind bemerkenswert. Auch in der Kommunalpolitik setzt man in Schottland auf Beteiligung: Im Rathaus von Edinburgh, dem City Council, konnten wir erleben, dass dort sogar kommunale Petitionen möglich sind – ein Konzept, das über unsere Einwohnerfragestunden in den Räten hinausgeht und

deutlich niedrigere Hürden für Mitsprache bietet. Vielleicht auch ein Konzept für uns? Am Nachmittag blieb übrigens noch etwas Zeit, die Stadt zu entdecken: Vom Holyrood Park (dort wurde die verstorbene Queen Elisabeth II. aufgebahrt) aus bot sich ein weiter Blick über Edinburgh bis zum Meer – übrigens ein Fjord und ein wirklich schöner Ausblick! Bei der Stadtführung wurde es dann auch noch magisch: Wir liefen durch die Gassen, die J. K. Rowling zu Harry Potters „Winkelgasse“ inspiriert hatten. Richtig klasse!

Tag 2: Gespräche über Demokratie, Europa und Kultur

Der zweite Tag war vollgepackt mit den verschiedensten Gesprächen. An der Universität Edinburgh diskutierten wir mit Dr. Jan Eichhorn über Demokratiebildung – ein Thema, das auch in Niedersachsen immer wichtiger wird. Beim Scottish Council on Global Affairs und der Royal Society of Edinburgh erhielten wir Einblicke in politische Forschung und Beratung, die dort eng miteinander verzahnt sind. Das war wirklich richtig interessant! Mein persönlicher Höhepunkt: das Gespräch mit Angus Robertson, dem schottischen Minister für Verfassung, Auswärtige Angelegenheiten und Kultur. Wir sprachen über Schottlands Rolle in Europa, das nächste Referendum, um sich von Großbritannien unabhängig zu machen, sowie die Bedeutung kultureller Zusammenarbeit – und das alles auf Deutsch, denn Angus Robertson hat eine deutsche Mutter, sehr praktisch für uns.

Tag 3: Von Petitionen und Geschichte in Durham/Nordengland

Nach einer dreistündigen Busfahrt erreichten wir Durham – eine Stadt, in der Geschichte und Gegen-

wart spürbar verschmelzen. An der Universität Durham erläuterte Professor Richard Huzzey die Entwicklung der Petition als demokratisches Werkzeug – sehr spannend, wie lange das schon zurück reicht. In der neueren Geschichte hatten im Jahr 1981 bereits 63 Prozent der britischen Bevölkerung mindestens eine Petition unterzeichnet, im Jahr 2000 sogar 81 Prozent – beeindruckende Zahlen, die zeigen, wie tief das Instrument in der politischen Kultur verankert ist. Heute übernehmen Parlamente zunehmend selbst die Organisation solcher Beteiligungsformate, früher organisierten das noch einzelnen Menschen oder zum größten Teil Organisationen – eine Entwicklung, die auch in Niedersachsen durch das Online-Petitionsportal spürbar ist. Abgerundet wurde der Tag durch kulturelle Höhepunkte für mich als Harry Potter-Fan: das historische Durham Castle und die mächtige Kathedrale, deren Kreuzgang Requisite von Harry Potter „Die Kammer des Schreckens“ war – wie cool ist das denn?

Die Reise nach Schottland hat mir gezeigt, wie stark Demokratie von Offenheit, Transparenz und Beteiligung lebt. Ob in Edinburgh oder Durham – überall begegneten uns Menschen, die Bürgernähe und Mitgestaltung ernst nehmen. Viele Anregungen, die wir mit nach Niedersachsen nehmen können: von kommunalen Petitionen bis zu stärker digitalisierten Verfahren. Außerdem wollen wir ein Petitionsgebet in Niedersachsen etablieren, was diesen Bereich stark aufwerten würde. Mein Kollege Nicolas Mühlbrecht Breer und ich sind dran! Auch zurück ging es übrigens wieder per Bahn für uns, das hat alles in allem auch sehr gut geklappt.





Petitionswesen von Sina Beckmann

„Demokratie lebt vom Zuhören und Mitmachen“

Warum wir das Petitionswesen stärken müssen

Es gibt Gründe, warum ich in die Politik gegangen bin. Ich möchte pragmatische Ansätze stärken, ich möchte wieder mehr Entscheidungsfreude erreichen und ich möchte echte Lösungen und Antworten für unsere Gesellschaft entwickeln. In einer Sitzung unserer Grünen-Landtagsfraktion durfte ich ein Thema vorstellen, das mir seit Monaten am Herzen liegt: die Stärkung des niedersächsischen Petitionswesens. Ein Thema, das gerade jetzt – in politisch rauen Zeiten – wichtiger ist als je zuvor. Das Team Petitionen, bestehend aus meinem Kollegen Nicolas Mülbrecht Breer, unser Sprecher für Petitionen, und unserem Referenten Tobias Leverenz, der unsere Präsentation zum Petitionswesen, die ich vorgestellt habe, maßgeblich vorbereitet hat, arbeitet täglich für die Menschen in Niedersachsen.

Was viele unterschätzen und auch nicht wissen: Rund 500 Petitionen erreichen Niedersachsen jedes Jahr. Mehr als 300 davon werden aktuell von uns im Petitionsausschuss und in den Ministerien bearbeitet. Das bedeutet jede Woche Dutzende Anliegen, Sorgen, Bitten und Ideen – eingereicht von Menschen, die sich an ihren Landtag wenden, weil sie gehört werden wollen. Hinter diesen Zahlen steht eine enorme Bandbreite an Themen: Umwelt, Gleichstellung, Verkehr, Bildung, individuelle Härtefälle, strukturelle Probleme. Jede einzelne Petition zeigt, dass Menschen darauf vertrauen, dass der Landtag sich mit ihren Anliegen auseinandersetzt – selbst dann, wenn der Ausgang offen ist. Gerade dieses Vertrauen ist heute kostbarer denn je. Manche Petitionen betreffen breite gesellschaftliche Debatten, andere handeln von sehr konkreten per-

sönlichen Situationen. Doch in jeder steckt etwas Wesentliches: das Vertrauen, dass der politische Prozess funktioniert.

Wichtig dabei zu wissen ist, dass nur Petitionen, die direkt beim Landtag eingereicht werden, tatsächlich in ein parlamentarisches Verfahren gelangen. Nur sie werden umfassend geprüft, bekommen Stellungnahmen von Ministerien und können im Petitionsausschuss beraten werden. Plattformen wie change.org erzeugen oft große mediale Aufmerksamkeit – und das ist völlig legitim –, doch politisch gelangen diese Petitionen nicht automatisch in unseren Prozess. Sie können tausende Unterstützerinnen und Unterstützer haben und trotzdem nie auf dem Tisch des Ausschusses landen.

Doch auch Petitionen in Niedersachsen können medial stark ins Gewicht fallen, zum Beispiel dann, wenn eine öffentliche Petition über 5.000 Unterschriften erreicht hat und wir das Thema dann in öffentlicher Sitzung behandeln. Weil es einiges zu beachten gibt, ist es uns als Team Petition wichtig, dass wir stärker darüber informieren, wie die offiziellen Wege funktionieren und welche Möglichkeiten Menschen haben. Die Landtags-Plattform (<https://www.navo.niedersachsen.de/navo2/portal/nipetition/0/createprivatepetition>) bietet klare Strukturen, einen rechtlich verbindlichen Prozess und Transparenz darüber, wie mit den Anliegen umgegangen wird. Wer politisch etwas bewegen möchte, ist dort am richtigen Ort.

In meiner Vorstellung in der Fraktion ging es genau darum: das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass das Petitionswesen eine demokratische Lebensader ist,

die wir pflegen müssen. Es ist einer der wenigen Wege, der allen Menschen offensteht – unabhängig von Herkunft, Alter, Parteibindung oder Vernetzung. Petitionen bringen Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Politik an einen Tisch. Manchmal entstehen daraus Lösungen. Manchmal entsteht Klarheit. Manchmal entsteht zumindest ein respektvoll geführter Dialog. Schon das ist in diesen Zeiten ein Wert. Unsere Aufgabe als Parlament ist es, dafür zu sorgen, dass dieses Verfahren verlässlich, zugänglich und zeitgemäß bleibt. Dass Einreicherinnen und Einreicher wissen, was mit ihrer Petition geschieht. Dass sie Antworten bekommen, die verständlich sind. Und dass wir die gesellschaftliche Spannweite der Themen sichtbar machen, die uns erreichen.

Die Reise unseres Ausschusses nach Schottland hat mir dazu gezeigt, wie viel stärker ein Petitionswesen wirken kann, wenn es öffentlich sichtbarer ist und die Kultur des Zuhörens fest verankert bleibt. In Schottland sind die Sitzungen immer öffentlich und man kann auch online teilnehmen. Diese Erfahrung bestärkt mich darin, dass wir in Niedersachsen an der richtigen Stelle ansetzen und das Petitionswesen noch weiter stärken können. Am Ende bleibt mir ein einfacher Gedanke im Kopf: Demokratie beginnt nicht erst im Plenum. Sie beginnt dort, wo Menschen etwas sagen wollen – und dort, wo wir ihnen zuhören. Deshalb möchte ich, gemeinsam mit Nicolas Mülbrecht Breer und unterstützt von der tollen Arbeit unseres Referenten Tobias Leverenz, das Petitionswesen weiter stärken.



Landtagsfraktion von Sina Beckmann

Klausur der Grünen: Zwischen politischer Bilanz und digitalem Aufbruch mit KI

Ende September war es wieder soweit: Unsere grüne Landtagsfraktion traf sich zur Herbstklausur in Hannover – diesmal mit spannenden Gästen, intensiven Diskussionen und jeder Menge Zukunftsthemen im Gepäck. Felix Banaszak, unser Bundesvorsitzender, war angereist, um mit uns über die politische Lage und den Kurs der Grünen in Niedersachsen zu sprechen. Seine Botschaft war: „Niedersachsen traut sich was!“ Während andere Bundesländer zögern, gehen wir mutig voran – mit Investitionen in Klima, Bildung und Digitalisierung, anstatt auf der Bremse zu stehen.

Gemeinsam mit unserer Kultusministerin Julia Willie Hamburg haben wir Bilanz gezogen und nach vorne geschaut. Julia machte deutlich, wie zentral Bildung für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist – gerade jetzt, wo sich unsere Welt durch Digitalisierung und KI rasant verändert. Gute Bildung bedeutet Zukunftschancen und zwar für alle – in der Stadt genauso wie auf dem Land.

Für mich persönlich war diese Klausur etwas ganz Besonderes, denn ein Punkt lag mir besonders am Herzen: Unser neues KI-Grundsatzpapier. Nach langer und intensiver Arbeit, Diskussionen in der Fraktion und mit Expertinnen und Experten und eini-

gen Entwürfen haben wir es endlich beschlossen – und damit einen wichtigen Meilenstein gesetzt. Seit April 2025 bin ich nun Sprecherin für Künstliche Intelligenz und mir ist es wichtig, dass das nicht nur ein Titel ist, sondern wir das Thema mit Leben füllen. Das Grundsatzpapier legt fest, wie wir Künstliche Intelligenz in Niedersachsen gestalten wollen: verantwortungsvoll, transparent und menschenzentriert. KI ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das die Gesellschaft gerechter, nachhaltiger und demokratischer machen soll. Wir haben beschlossen, KI gezielt dort einzusetzen, wo sie den Alltag wirklich besser machen kann – etwa in der Verwaltung, um Prozesse zu vereinfachen, oder in der Pflege, um Menschen zu entlasten, oder auch im Umwelt-, Bildungs- oder Wirtschaftsbereich. Gleichzeitig sagen wir klar: Entscheidungen dürfen niemals einer Blackbox überlassen werden. Künstliche Intelligenz braucht Transparenz, Nachvollziehbarkeit und klare ethische Leitplanken. Und weil Klimaschutz und Digitalisierung zusammengehören, fordern wir, dass Rechenzentren künftig mit erneuerbarer Energie betrieben werden.

Neben der Digitalisierung war die soziale Gerechtigkeit unser zweites großes Thema. Wir wollen, dass der ökologische Wandel niemanden abhängt.

Deswegen haben wir uns auf Maßnahmen verständigt, die Bildung, Teilhabe und faire Arbeit stärken – von besseren Weiterbildungsmöglichkeiten über soziale Sicherung bis hin zu gezielter Förderung in den ländlichen Räumen. Denn Klimaschutz funktioniert nur, wenn er mit sozialer Verantwortung verbunden ist. Auch die Mobilität im ländlichen Raum spielte eine große Rolle – ein Thema, das mir als friesische Abgeordnete besonders wichtig ist. Wir haben intensiv darüber gesprochen, wie wir Menschen auf dem Land bessere Verbindungen schaffen können: mit flexiblen ÖPNV-Lösungen, Sharing-Angeboten und einer Infrastruktur, die endlich zur Lebensrealität außerhalb der Großstädte passt. Für Friesland bedeutet das: Wir wollen Mobilität, die klimafreundlich ist – aber auch alltagstauglich.

Nach zwei Tagen voller Gespräche, Diskussionen und Ideen bin ich vor allem glücklich über den Beschluss zum KI-Papier, denn das zeigt: Niedersachsen soll ein Land bleiben, das gestaltet – nicht verwaltet. Und ich freue mich, diesen Weg gerade in den Bereichen Startups, Innovationen und KI mitzugehen.



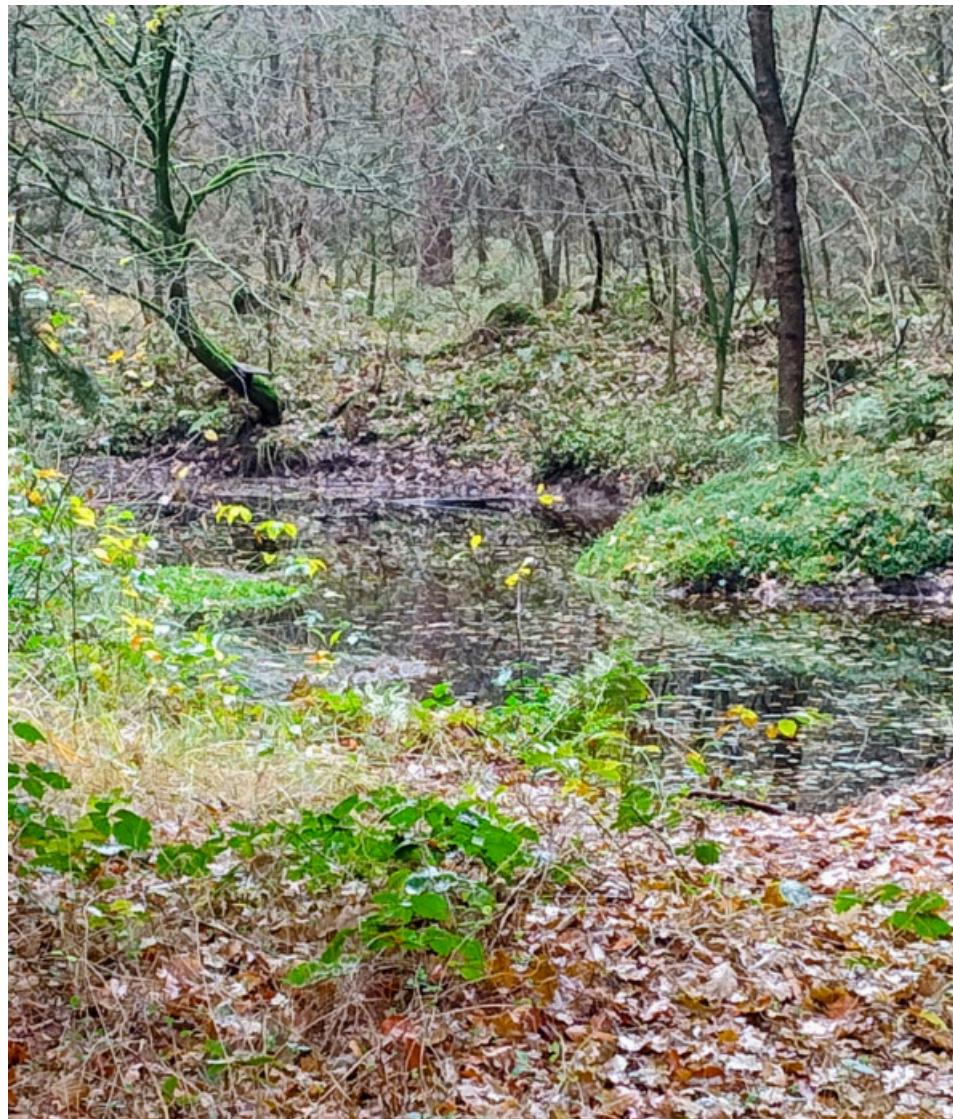
Zetel von Jürgen Konrad

Spaziergang im Fuhrenkamp

Die Zeteler Grünen haben Anfang November zu einem Waldspaziergang im Fuhrenkamper Wald eingeladen. Bei dem gut einstündigen Rundgang wurde den 25 interessierten Besucher*innen die ökologische und Erholungsfunktion des Waldes aufgezeigt. Die Vertreter der grünen Zeteler Ratsfaktion Wilhelm Wilken, Bernd Janssen und Jürgen Konrad konnten auf die natürliche Waldentwicklung im Fuhrenkamp eingehen und die ökologische Vielfältigkeit in diesem Gebiet deutlich machen.

So haben sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte beispielsweise mehrere Biotope in den ehemaligen Bombenkratern entwickelt, mit einzigartiger Flora und Fauna. Zudem wurde bei der Waldführung auf die Thematik des Grundwasser- und Bodenschutzes eingegangen. Gerade in der jetzigen Zeit der Klimaveränderung muss eine Waldfläche wie im Fuhrenkamp, insbesondere die kühlende Wirkung sowie der Schutz des Grundwassers durch vorhandenen natürlich entwickelten Waldbodenbestand, unbedingt erhalten bleiben und noch weiter waldökologisch aufgewertet werden.

Der Hintergrund dieser Waldführung sind der geplante Sandabbau und die Entwaldung im Fuhrenkamp. Daher wollte die grüne Ratsfraktion besonders die vorhandene Ökologie und den Schutz für Mensch und Natur durch den Fuhrenkamper Wald verdeutlichen. Der Tenor aller Beteiligten am Ende des Waldspaziergangs war, zu allen vier Jahreszeiten eine Waldführung zu machen, um die Bedeutung und Besonderheit des Fuhrenkamps herauszustellen und somit die Widersinnigkeit einer Entwaldung zu entlarven.



Vom Hype zum Handeln

Wie die Grünen in Niedersachsen Künstliche Intelligenz gestalten wollen

Die Speeldeel im Niedersächsischen Landtag war gut gefüllt, als die Grüne Landtagsfraktion zu ihrer Auftaktveranstaltung „Vom Hype zum Handeln“ einlud. Dort, wo sonst die Fraktionssitzungen stattfinden, ging es an diesem Abend um die Frage, wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz gestalten können.

Die Fraktionsvorsitzende Anne Kura begrüßte die Gäste und machte gleich zu Beginn deutlich, warum die Debatte über KI gerade jetzt geführt werden müsse. „KI bietet enormes Potenzial – für Umweltschutz, Verwaltung und Wirtschaft“, sagte sie. „Aber sie wirft auch ethische Fragen auf. Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland hat laut Umfragen Angst vor KI und ihren Auswirkungen. Politik muss regulieren, aber nicht bremsen.“ Kura betonte, dass die Grünen das Thema nicht nur beobachten, sondern aktiv in ihre parlamentarische Arbeit einfließen lassen wollten. KI, so Kura, sei längst Teil des politischen Alltags – und ein Schlüsselthema für die Zukunft des Landes.

Im Anschluss stellte Sina Beckmann, Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion für Künstliche Intelligenz, Innovationen und Startups, das neue KI-Grundsatzpapier der Fraktion vor. Sie hatte das Papier initiiert und den Abend konzipiert. Zu Beginn ihrer Rede fragte sie in den Saal: „Wer hatte heute schon Kontakt zu KI?“ Viele Hände gingen nach oben. Beckmann lächelte: „Genau das meine ich. Wir alle nutzen KI längst – oft, ohne es zu merken.“ Sie nannte Beispiele aus dem Alltag: Spotify, das Musikvorschläge macht, Google Maps, das hilft, Staus zu umgehen, oder ChatGPT, das Texte formuliert. „Die Frage ist also nicht, ob KI kommt“, sagte sie, „sondern wie wir sie gestalten.“

Dann stellte sie das Grundsatzpapier vor – 15 Themenbereiche, fünf Seiten, ein grüner Kompass, den sie an drei Leitgedanken festmachte: Mensch vor Maschine, erklärbare und faire KI und nachhaltige Innovation. Beckmann erklärte, dass KI helfen könne, Brustkrebs noch genauer auf Mammografie-Aufnahmen zu erkennen, Pflegekräfte im Einsatz mit Robotik zu entlasten, Verwaltungsprozesse über Chatbots zu vereinfachen und Ressourcen zu schonen. Sie nannte Beispiele aus Niedersachsen und Deutschland: Das OFFIS-Institut in Oldenburg entwickelt mit der Stadt einen digitalen Bürgerassistenten, der Verwaltungsanträge verständlicher und barrierefreier macht. Das Göttinger Unternehmen Agvolution nutzt KI, um Wetter- und Bodendaten zu analysieren und Landwirten zu helfen, Wasser und Dünger präziser einzusetzen. Und das Start-up noxt arbeitet daran, Gutachten für

Windkraftprojekte KI-optimiert zu vereinfachen.

Beckmann sprach auch über die Chancen von KI in der Energiewende: über eigenen PV-Strom, der intelligent gesteuert E-Autos lädt, über bidirektionales Laden, bei dem Fahrzeuge Energie ins Netz zurückinspeisen, über Smart Meter, die Stromverbräuche optimieren, und autonomes Fahren, das Staus reduziert. „KI kann helfen, die Energiewende dezentral zu denken“, sagte sie. „Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer werden so zu Mitgestalterinnen der Transformation.“ Zum Schluss ver-

KI als doppelte Kraft: „Wie ein Tsunami, der unsere Welt verändert – und zugleich wie ein Weltwunder, das neue Möglichkeiten eröffnet.“ Sie warnte vor gefährlichen Anwendungen, etwa Apps, die Gesichter manipulieren oder Kinder täuschen. Gleichzeitig zeigte sie auf, wie KI in Medizin, Forschung und Arbeitswelt Chancen schaffen könne. „Die entscheidende Frage ist nicht, ob KI uns erobert“, sagte Müller, „sondern ob wir uns KI erobern.“ Sie schloss ihre Keynote mit einem emotionalen Video der Telekom, das eindringlich zeigt, wie wichtig es ist, umsichtig mit den eigenen Daten und denen der eigenen Kinder im Netz umzugehen.



band sie das Digitale mit dem Persönlichen. Sie erzählte, dass sie derzeit einen Plattdeutschkurs an der VHS in Schortens besucht. Dort habe sie gelernt, dass das Wort „Fries“ aus dem Landkreis Friesland nichts anderes bedeute als „Rand“. „Ich lebe also am Rand von Niedersachsen“, sagte Beckmann. „Hinter mir kommt nur noch Wasser. Aber wir alle leben nicht am Rand des digitalen Wandels – wir sind mittendrin.“

Die Keynote des Abends hielt Silke Müller, Niedersachsens erste Digitalbotschafterin, Spiegel-Bestsellerautorin und KI-Expertin. Die Lehrerin und ehemalige Schulleiterin sprach über digitale Ethik – eindringlich, emotional, mit vielen Beispielen aus dem Alltag. Unter dem Titel „Digitale Ethik: Künstliche Intelligenz – Fluch oder Segen?“ beschrieb sie

Nach einer kurzen Pause, die zum Verdauen des gerade Erlebten und für einen gemeinsamen Austausch genutzt wurde, folgte eine Diskussion, die es noch mal in sich hatte. Sina Beckmann moderierte mit sicherer Hand und verband die unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmenden. Neben Anne Kura und Silke Müller saß Andreas Bernaczek, Gründer und Geschäftsführer des Netzwerk-Unternehmens CorneXion aus dem Emsland und Manager des KI-Parks Lingen, auf dem Podium. Er sprach über die wirtschaftliche Dimension des Themas: „Wir brauchen neue Systeme und mehr Tempo“, sagte er. „Wirtschaft und Politik sind heute oft zu langsam. Wenn wir ernsthaft mitgestalten wollen, müssen wir europäisch denken und deutlich mehr investieren.“ Bernaczek betonte, dass KI nicht nur ein Technologiethema sei, sondern ein Standortfaktor. „Wir müssen ein echtes Ökosystem schaffen – mit mutigen Gründungen, offener Forschung und einer Politik, die Vertrauen in Innovation hat.“

Silke Müller ergänzte, dass Bildung der Schlüssel sei, um die digitale Transformation zu begleiten: „Wir müssen das Schulsystem auf den Kopf stellen. Lehrkräfte brauchen digitale Kompetenz – sonst verstehen sie die Lebensrealität ihrer Schülerinnen und Schüler nicht.“ Anne Kura fasste den Abend mit einem Satz zusammen: „Es ist gut, dass wir im Gespräch sind – die Politik ist in der Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Innovation ermöglichen und zugleich Missbrauch verhindern.“

Zum Schluss machte Sina Beckmann deutlich, dass der Abend erst der Anfang war. „Das KI-Papier ist der Auftakt. Wir werden weiterdenken – zu KI in Kombination mit verschiedenen Themen: Landwirtschaft, Kultur oder auch in der Innenpolitik.“ Ein Satz blieb besonders hängen: „KI kann Zukunft – wenn wir sie gemeinsam gestalten.“ Daran arbeitet die grüne Landtagsfraktion nun kontinuierlich weiter.

Niedersachsens Energiewirtschaft boomt – aktuelle Zahlen zum Klimaschutz

Gleich zwei brandaktuelle Themen haben den Landtag bei der dreitägigen Plenumssitzung im November beschäftigt: die Vogelgrippe sowie der Klimaschutz.

Ihre Aktuelle Stunde haben sowohl die Grünen als auch die CDU dem Ausbruch der **Vogelgrippe** gewidmet. Während bei den Redebeiträgen der Grünen Lösungsvorschläge für Prävention und Resilienz im Vordergrund standen, zweifelte die Opposition das bestehende Seuchenmanagement an. Die grüne Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte schilderte eindrücklich, wo die Probleme liegen: So gab es bis Mitte November 62 Ausbrüche seit Oktober, 52 davon in Ställen. Die einseitige Fokussierung auf eine allgemeine Stallpflicht bezeichnete Staudte demnach als falsch.

Stattdessen unterstützen die Grünen den differenzierten Ansatz auf Kreisebene. Denn Hochrisikogebiete wie der Landkreis Cloppenburg seien anders zu betrachten als beispielsweise die Landkreise an der Küste. Als entscheidend nannte die Ministerin zudem das Wiederbelegungsverbot mit Küken während des aktuellen Ausbruches. Präventive Impfungen, Stallluftfiltrationen und bundesweite Konsequenzen seien nun das Ziel, um den Massentötungen betroffener und gesunder Tiere zukünftig entgegenzuwirken.

157 neue Windkraftanlagen

Hitzig ging es beim Thema **Klimaschutz** zu. Denn immer wieder werden bestehende Klimaziele infrage gestellt. Doch Niedersachsen als hochbetroffenes Agrar- und Küstenland geht weiter voran, wie Umweltminister Christian Meyer eindrücklich schilderte. Die energiebedingten Treibhausgasemissionen wurden seit 1990 um 34 % gesenkt, dazu tragen auch Salzwiesen- und Moorvernässungs-Projekte bei. Energiesicherheit gebe es bei alldem jederzeit, wie Meyer betonte. Er präsentierte zudem ein paar aktuelle Zahlen:

157 neue Windkraftanlagen, Mehrleistung 864 Megawatt in 2025 (Stand November); insgesamt 13,6 Gigawatt On- und 5,3 Gigawatt Offshore-Kraft in Niedersachsen

1,2 Gigawatt zusätzliche Leistung bei PV-Anlagen (Stand November)

Wasserstoff-Investitionen: 4 Großelektrolyseure in Planung mit 820 Megawatt Leistung + 800 km langes Leitungsnetz; dafür 740 Millionen Euro aus Landesmitteln

Absatz der Wärmepumpen bundesweit erstmals höher als Öl- und Gasheizungen; dafür etwa 1 Milliarde Euro Wirtschaftskraft allein in Niedersachsen investiert

Über 16 Terrawattstunden Erneuerbare Energie

wurden an andere Bundesländer exportiert

In Niedersachsen werde das zweite Jahr in Folge über 1% Wirtschaftswachstum durch die Energiewirtschaft erreicht. Dabei bleibe das Land ganz vorne, was den Ausbau von Windkraftanlagen und Wasserstoffnetz angeht. Beispielsweise Storag Etzel plane, all seine Kavernen auf Wasserstoff umzustellen.

Eine Genehmigung für eine neue Windkraftanlage dauert in Niedersachsen dank des von der aktuellen Landesregierung eingeführten Vorrangs für Klimaschutzmaßnahmen in den Behörden im Schnitt 11,5 Monate – in Mecklenburg-Vorpommern sind es über 40 Monate. Dabei sei das Beteiligungsgebot von Bürger*innen bei der Akzeptanz neuer Windkraftanlagen ein „echter Gamechanger“, so der Minister. Zudem profitiere zukünftig jede Kommune von neuen Offshore-Anlagen durch die umzuverteilende Gewerbesteuer. „Die Energiewirtschaft ist die boomende Wirtschaft in Niedersachsen“, brachte Christian Meyer es auf den Punkt.

Passend dazu wurde im Plenum beschlossen den intelligenten Netzausbau mit sogenannten **Smart Grids** (Drs. 19/4578) voranzubringen. Sie sind mehr als moderne Stromnetze, nämlich intelligente Energieökosysteme. Durch sie werden die Potenziale der Erneuerbaren Energien ideal genutzt und dynamische Stromtarife je nach Verfügbarkeit möglich.

Um Klimaschutz ging es auch bei einer Gesetzesänderung, die beschlossen wurde. Durch die erneute Novellierung des **Klimagesetzes** setzt Rot-Grün als Landesregierung in Niedersachsen Bundesrecht um und schreibt die kommunale Wärmeplanung verbindlich fest. Da einige niedersächsische Kommunen hierbei vorangegangen sind, wird zudem einen Vorreiterbonus eingeführt.

Zwei Gesetzesänderungen

Das **Kommunalfördergesetz** sorgt dafür, dass Fördermittel an Kommunen unbürokratischer ausgeschüttet werden können - ein neues, bundesweit einzigartiges Verfahren. „So werden Förderungen schneller und einfacher in unseren Kommunen ankommen und Vorhaben beschleunigt. Konkret werden den Gemeinden und Landkreisen noch in diesem Jahr 400 Millionen Euro über dieses Gesetz aus dem Pakt für Kommunalinvestitionen zur Verfügung gestellt“, erklärt Sina Beckmann, Grünen-Landtagsabgeordnete aus Jever.

Und mit den Änderungen des **Medienstaatsvertrages** für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten macht Niedersachsen den Weg frei für mehr Jugendschutz, mehr Kooperation der Öffentlich-Rechtlichen untereinander durch effizienteren Mit-

teleinsatz sowie das Ende der Blockadehaltung einzelner Länder, wenn es um die Erhebung der Beiträge geht. Doch damit ist dieser Weg noch nicht am Ende angekommen, denn die regierenden Parteien werden die Umsetzung, beispielsweise in der Programmauswahl, nach eigener Aussage weiter beobachten. Ziel bleibe es, dass die Öffentlich-Rechtlichen „digitaler, schlanker und moderner“ werden, so Ministerpräsident Olaf Lies.

Starke Wirtschaft, faire Preise

Beschlossen wurde außerdem der gemeinsame Antrag von Grünen und SPD „**Niedersachsen 2030 – starker Standort, starke Wirtschaft**“ (Drs. 19/7497). Hierin setzen die Fraktionen auf die Modernisierung von Verkehrswegen, beschleunigte Genehmigungsverfahren und den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Bürokratie soll abgebaut, Schlüsseltechnologie gefördert werden.

Frisch auf den Weg gebracht wurde ein Antrag der rot-grünen Landesregierung zur Modifizierung des **Erbaurechts** (Drs. 19/8949), damit der Erbbauzins bei Neufestsetzung nicht zu sozialen Verwerfungen führt. So soll der Bodenpreis zukünftig über einen längeren Zeitraum ermittelt werden.

Sicherheit im Blick

In einem weiteren Antrag ging es uns um die Sicherheit in Niedersachsen. Immer wieder werden **Drohnenflüge** (Drs. 19/8964) über kritischer Infrastruktur gemeldet. Jetzt soll hierzu eine Übersicht erstellt und der Austausch zwischen den Sicherheitsbehörden intensiviert werden. Gleichzeitig sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Abwehr überprüft werden.

Vor Gericht zu müssen ist für viele eine ungewohnte, aufregende Erfahrung. Wie soll es da erst den Jüngsten gehen? Deshalb setzt sich Rot-Grün dafür ein, dass **gerichtliche Verfahren kindgerecht** (Drs. 19/8965) gestaltet werden. So soll eine Koordinierungsstelle „Kindgerechte Justiz“ im Ministerium eingerichtet werden.

Erstmals diskutiert wurde zudem ein Antrag auf **Regulierung von Tierwohl** (Drs. 19/8969) und Tierbörsen, um illegalen Handel einzudämmen. Hierbei geht es um einen Maßnahmenkatalog, der sich vor allem an den Bund richtet und zur Vereinheitlichung gedacht ist.

Als Mitglied des Petitionsausschusses freute sich Sina Beckmann, dass das Plenum für einen zusätzlichen Feiertag am 8. März einen Prüfauftrag beschlossen hat. Ausgangspunkt hierfür war eine Petition des Landesbezirksfrauenrates ver.di, die mit dem Weltfrauentag als Feiertag die Gleichstellung in den Mittelpunkt rückt.

Ein Petitionsausschuss, der es in sich hatte...

Seit April diesen Jahres bin ich nun in einem besonders spannenden Ausschuss - wenn es nicht sogar der Beste ist! Es ist der Ausschuss, in dem Menschen direkt zu uns Abgeordneten sprechen, ob über ihre Petitionen oder direkt, in dem ihre Sorgen nicht gefiltert, sondern unmittelbar gehört werden. Die Sitzung am 26. November 2025 hat mich bewegt – vier Petitionen mit jeweils mehr als 5.000 Unterschriften, vier Themen, die unserer Gesellschaft wichtig sind. Und jede einzelne hat mir erneut gezeigt, warum diese demokratische Beteiligungsform so wertvoll ist.

Die erste Petition führte uns nach Hildesheim – oder genauer: in die Lücken des Rettungsdienstes. Was der Petent schilderte, war nicht weniger als ein Alarmruf. Das Monitoring zeigte eklatante Defizite, besonders in Holle und Freden, wo Hilfsfristen nicht ansatzweise erreicht würden. In Freden etwa liege die Abdeckung von unter 8 % – statt über 80 %. Und ab dem 1. Juli 2026 wird die Ressourcenvorhaltung weiter sinken, obwohl sie jetzt schon unzureichend ist. Schon heute sind die Nachtstunden kritisch, und die Schließung des Krankenhauses Alfeld verschärft die Lage dramatisch: längere Transportzeiten, mehr Verweilzeit, verzögerte Rückfahrten – und dennoch bleibt es bei drei Rettungswagen, die Petenten fordern mehr. Besonders hängen geblieben ist mir die Gegenüberstellung von Theorie und Praxis: Die Berechnungsmodelle gehen von freier Fahrt für die Rettungswagen aus, ohne Ampeln, ohne Stau, ohne Alltag. Als ich das Ministerium nach genau diesem Punkt fragte, wurde klar: Hier prallen Gutachten und Behörden-einschätzungen deutlich aufeinander. Das Ministerium argumentiert, dass Hilfsfristen (15 Minuten nach Absetzen des Notrufs bis zum Unfallort) allein nicht entscheidend seien, weil Ersthelfer und Defibrillatoren/RIDs die Statistik relativieren. Das mag in Einzelfällen stimmen, aber die strukturellen Engpässe bleiben bestehen. Für mich war dieser Tagesordnungspunkt ein Lehrstück darüber, wie nah an der Realität Bedarfspannung sein muss – und wie weit man davon entfernt sein kann, wenn sie vor allem rechnerisch erfolgt.

Emotional nicht wenigerfordernd war die zweite Petition: ein Nachtfahrverbot für Mähroboter. Ich lebe in Friesland und weiß, wie eng Natur und Leben miteinander verwoben sind. Dass aber zunehmend Igel, Reptilien und andere Kleinsäuger durch Mähroboter verletzt oder getötet werden, ist vielen nicht bewusst und es passiert natürlich auch nicht absichtlich! Die Zahlen aber, die der Petent vorstellte, waren erschütternd: 2021 gab es 18 Schnittverletzungen allein bei stationären Igel-Aufnahmen – 2025 bereits 64. Und das sind nur die

dokumentierten Fälle bei den Tierärztinnen und -ärzten. Wie viele Igel durch ihre Schnittverletzungen einfach sterben, ist nicht bekannt. Hinzu kommt, dass Mähroboter oft nicht auf weiche Objekte reagieren – also auch nicht auf kleine Kinder! Die Forderung der Petition ist klar: Ein Nachtfahrverbot von 18 bis 7 Uhr und eine verpflichtende DIN-Norm für die Herstellungsfirmen. Interessant war, dass Niedersachsen auf der Umweltministerkonferenz bereits eine Protokollerklärung abgegeben hat, in der ein solches Nachtfahrverbot gefordert wird. Die Kompetenzfrage bleibt jedoch kompliziert: Kommunen können Verbote erlassen, eini-

der Anhörung deutlich: Es gibt kein Grundrecht darauf, eine verfassungsfeindliche Partei zu wählen. Eines ist klar: Wir müssen unsere Demokratie stärken und schützen. Ich spüre die Ungeduld vieler Menschen, die sich von uns ein stärkeres, klareeres Handeln gegen Rechtsextremismus wünschen und kann an dieser Stelle die Zweiflerinnen und Zweifler nicht verstehen – es liegen Fakten und Informationen auf dem Tisch. Nun liegt es an der Bundesregierung, am Bundestag oder am Bundesrat, die Überprüfung eines Verbotsverfahrens einzuleiten. Und dann vertraue ich dem deutschen Rechtsstaat und unseren obersten Richterinnen

und Richtern. Sie sollen prüfen – und dann werden wir alle mit dem Ergebnis umgehen (müssen). Die Petition hat mich erneut daran erinnert, wie groß die Verantwortung ist, die wir hier tragen – und dass Wegdücken keine Option ist, auch wenn der Weg komplex ist.

Zum Abschluss des Tages ging es hinaus in die Nordsee: zum Leuchtturm Roter Sand, einer Ikone maritimer Kultur. Der Petent kämpft dafür, dass der Leuchtturm an seinem historischen Standort bleibt – trotz marodem Zustand. Ministerium, die Stiftung Denkmalschutz und Kommunen streiten seit Jahren darüber, wer Eigentümer ist, wer bezahlen müsste und welche Zukunft möglich ist. Die Städte Fedderwardersiel und Wilhelmshaven bewerben sich um eine Umsetzung an Land, doch für viele gehört dieser Leuchtturm ins Meer. Ein Ort, der seit 140 Jahren Stürmen trotzt, sollte aus ihrer Sicht nicht musealisiert werden müssen, nur weil die nötigen Entscheidungen zu lange aufgeschoben wurden. Ein Gutachten aus 2019 legt nahe, dass eine Sanierung unter Wasser möglich wäre – für rund 3-5 Millionen Euro. Meine Rückfrage an das Ministerium für Wissenschaft und Kultur, warum seit 2019 nichts passiert ist, blieb im Raum stehen. Für mich zeigt die Debatte, wie schwer wir uns oft tun, kulturelles Erbe ernsthaft zu schützen, solange es noch nicht akut zusammenbricht. Gleichzeitig verstehe ich, dass Kommunen sich eine solche Landmarke wünschen. Doch ein Leuchtturm ist mehr als ein Fotomotiv – er ist ein Stück Identität. Ob er nun in der Nordsee bleibt oder ans Land kommt, werden die nächsten Wochen zeigen.

ge Landkreise haben es getan, andere verweisen auf den Bund. Dabei könnte das Land selbst – als oberste Naturschutzbehörde – handeln. Genau das nehme ich aus der Petition mit: dass wir den Schutz unserer heimischen Arten nicht weiter vertagen sollten. Wer einmal gesehen hat, wie ein verletzter Igel aussieht, weiß, dass Technikverliebtheit nie auf Kosten der Natur gehen darf!

Ganz anders gelagert – aber politisch brisant – war die dritte Petition: die Forderung, ein AfD-Verbotsverfahren im Bundesrat anzustossen. Das ehrenamtliche Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ ließ keinen Zweifel an seiner Überzeugung: Die AfD unterläuft demokratische Grundprinzipien, verletzt Menschenwürde und arbeitet offen gegen den Rechtsstaat. Die juristische Grundlage wurde ebenso klar skizziert wie die Gegenargumente: zu wenige Beweise, die Gefahr einer Opferinszenierung oder die Behauptung, ein Verbotsverfahren widerspreche dem Wählerwillen. Doch eines wurde in





Startups von Sina Beckmann

Innovation trifft Politik: Niedersachsen.next Startup im Arbeitskreis Transformation

Wenn es um die Zukunft Niedersachsens geht, führt kein Weg an Innovationen, Startups und technologischer Transformation vorbei. Genau deshalb bekam der Arbeitskreis „Transformation“ der Grünen Landtagsfraktion in Hannover besonderen Besuch: Niedersachsen.next Startup – die zentrale Anlaufstelle für die Startup-Szene im Land – stellte auf Einladung von Sprecherin Sina Beckmann seine Arbeit, aktuelle Schwerpunkte und Chancen für ein innovatives Niedersachsen vor.

Der Arbeitskreis vereint eine außergewöhnliche Bandbreite an Themen: Wirtschaft, KI, Startups, Tourismus, Landwirtschaft, Ernährung, Klima, Verkehr und Europa. Was nach viel klingt, erweist sich in der politischen Praxis als echter Vorteil: Die großen Zukunftsfragen hängen zusammen, und Innovationen entstehen dort, wo verschiedene Diszipli-

nen miteinander ins Gespräch kommen. In einer lebendigen Präsentation zeigten Johanna Kallenbach und Tobias Wedler von Niedersachsen.next Startup, welche Trends die Gründungs- und Technologieszene des Landes derzeit bewegen. Ob digitale Plattformen, Agritech, LifeScience, künstliche Intelligenz oder neue Geschäftsmodelle für die Landwirtschaft – die Startup-Landschaft in Niedersachsen wächst und wird zunehmend international sichtbar.

Der Austausch im Arbeitskreis machte klar: Politik und Startups profitieren voneinander. Die Politik setzt verlässliche Rahmenbedingungen für Innovationen, während Gründerinnen und Gründer Tempo, Kreativität und neue Ideen einbringen, die wir dringend brauchen – für Klimaschutz, nachhaltige Ernährungssysteme und eine resiliente Wirtschaft. In der Diskussion ging es vor allem um die Frage, wie Politik und Startup-Community enger verzahnt werden können. Besonders deutlich wurde, dass Startups Innovationsmotoren für traditionelle Branchen sein können – gerade in der Agrarwirtschaft. Außerdem ermöglichen Technologien wie KI neue Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum – und es wurde klar, dass nachhaltige Geschäftsmodelle politische Unterstützung brauchen sowie Planungssicherheit und Räume zum Experimentieren.

Wer die Dynamik der Szene selbst erleben wollte, bekam im Arbeitskreis gleich einen praktischen Tipp: Die AGRITECHNICA – die weltgrößte Agrarmesse – war in diesem Jahr ein Hotspot für Agrarinnovationen und junge Unternehmen. Niedersachsen.next Startup war dort mit einem starken Auftritt vertreten, unter anderem im Rahmen des Events „Erntepreneurship“ in der Digital-Farming-Halle 21 - Sina Beckmann war als Sprecherin für Startups natürlich auch dabei und konnte das Netz-

werk erweitern. Gerade die Verbindung von Landwirtschaft, Technologie und Unternehmertum machte deutlich, wie groß das Potenzial für nachhaltige Transformation in Niedersachsen ist.

Startups und Innovationen sind Querschnittsthemen, das ist auch den Kolleginnen und Kollegen von Sina Beckmann aus den anderen Fachbereichen klar und alle haben gespürt, wie viel Energie in der niedersächsischen Startup-Szene steckt – und wie wichtig es ist, diesen Spirit in die politische Arbeit einfließen zu lassen. Innovation ist kein Zufall. Sie braucht Räume, Netzwerke, Förderung – und politische Menschen, die daran glauben und sie möglich machen. In unserem „AK Trafo“ ist das der Fall.



Ambulant, selbstbestimmt, abgesichert – Geburtshilfe in Varel mehr ist als eine Fachklinik

Im Februar 2025 hat das Bundessozialgericht (BSG) ein Urteil gefällt, das zunächst wie eine nüchterne Abrechnungsfrage wirkte: Krankenhäuser erhalten künftig eine klare Vergütung für ambulante Entbindungen. Wer nur die Zahlen sieht, mag denken: ein Detail im DRG-System. Wer genauer hinschaut, erkennt: Hier geht es um Wahlfreiheit, regionale Stabilität und die Frage, wie wir Geburtshilfe in Deutschland organisieren – und wer davon profitiert.

Wahlfreiheit beginnt vor Ort

Ambulante Geburten im Krankenhaus waren lange ein Graubereich: medizinisch etabliert, finanziell aber riskant. Frauen früh nach Hause zu entlassen, konnte einer Klinik Geld kosten, weil die Vergütung dafür oft nicht ausreichte. Das BSG-Urteil ändert dies grundlegend: Die kleinste DRG für stationäre Geburten gilt nun auch für ambulante Entbindungen.

Es geht nicht nur um Verwaltung. Es geht um die Entscheidung der Frau, um Selbstbestimmung in einem der persönlichsten Momente des Lebens. Wahlfreiheit wird nicht länger als Luxus verstanden, sondern als integraler Bestandteil moderner Geburtshilfe – ein Kern grüner Gesundheitspolitik: Strukturen so gestalten, dass sie den Bedürfnissen der Menschen dienen.

Varel: Klein, aber zentral

Die Fachklinik für Frauenheilkunde und Geburts-

hilfe in Varel betreute 2023 771 Geburten, 2024 waren es 681 – ein Rückgang, der den allgemeinen Trend in Niedersachsen widerspiegelt (Statistisches Landesamt Niedersachsen, 2023–2024). Das Vareler Team umfasst 18 Hebammen, 13 Ärztinnen und Ärzte und 40 Pflegefachkräfte, interprofessionell ausgebildet. Die Klinik trägt die PeriZert-Zertifizierung Level 4 – ein Zeichen hoher Qualität.

Für Friesland und Teile der Wesermarsch ist Varel mehr als eine Fachklinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Untersuchungen der Bertelsmann Stiftung zeigen, dass Regionen mit gesicherter Geburtshilfe deutlich höhere Bindungsraten junger Familien aufweisen (Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune 2023). Eine Schließung der Klinik würde Familienabwanderung und Fachkräfteverlust beschleunigen, lokale Netzwerke aufbrechen und ökonomische Multiplikatoreffekte schwächen. Die Geburtshilfe in Varel ist also mehr als ein medizinischer Standort: Es ist ein weicher Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Stadt und auch Teile unserer Region.

Das Urteil als Chance für die Region

Das BSG-Urteil erleichtert Kooperationen mit freiberuflichen Hebammen, unterstützt Nachsorgeprogramme und macht Wahlfreiheit konkret – gerade dort, wo alternative Angebote weit entfernt sind.

Doch ein Richterspruch allein reicht nicht. Bundeseinheitliche Vergütungsregelungen, regionale Bedarfsplanung, Investitionen in Hebammen, inter-

professionelle Teams und stabile außerklinische Angebote sind notwendig, damit aus einem Urteil ein nachhaltiges Instrument moderner Geburtshilfe wird.

Geburtshilfe als soziale und politische Aufgabe

Der Fall Varel zeigt, dass Geburtshilfe mehr ist als medizinische Versorgung. Sie ist gesellschaftliche Infrastruktur. Sie entscheidet, wo Familien leben, wie Gemeinden funktionieren und wie attraktiv Regionen für junge Menschen bleiben.

Das BSG-Urteil ist kein revolutionärer Schritt, aber ein normatives Signal: Geburtshilfe darf nicht zwischen den Systemen fallen. Sie muss finanziert, strukturell gesichert und als gemeinsame Verantwortung verstanden werden. Für Friesland bedeutet das: Die Klinik in Varel kann ihre Rolle als sicherer, selbstbestimmter und familienfreundlicher Ort weiter ausfüllen.

Ambulante Geburt, selbstbestimmte Wahlfreiheit, regionale Stabilität – all das verbindet das Urteil des BSG für mich. Varel ist somit ein Symbol für moderne Geburtshilfe, die medizinische Sicherheit, soziale Verantwortung und politische Weitsicht miteinander verknüpft.



- Grünes Friesland ist eine Zeitschrift für die Mitglieder im Kreisverband Friesland
- Erscheint vier Mal im Jahr (März, Juni, September, Dezember)
- Kostenlos für alle Mitglieder
- Wird klimaneutral gedruckt
- Auflage: 50 Stück
- 8 Autor*innen

Redaktion

OLIVER DE NEIDELS

KIM HÜSING

INGA DE NEIDELS

✉ redaktion@sina-beckmann-gruene.de



Grünes Friesland zum Download

„Paddeln gegen den Brustkrebs – und für das Leben“

Ich erinnere mich noch genau an diese Aufnahme. Auf meinem Bildschirm erschienen Jasmin und Konni, zwei lächelnde Gesichter, die sofort eine warme, offene Energie ausstrahlten. Sie sind Teil der Küstenpinkies, eines Drachenboot-Teams aus Wilhelmshaven, das aus Frauen besteht, die an Brustkrebs erkrankt sind oder waren. Schon nach wenigen Minuten war mir klar: Das wird ein ganz besonderer Podcast!

Wir sprachen im Rahmen des Aktionsmonats Pinktober über Bewegung, Heilung und Zusammenhalt. Die Küstenpinkies haben sich 2019 gegründet, inspiriert von der weltweiten Pink-Paddling-Bewegung. Ihre Geschichte begann auf dem Banter See, mit Paddeln, die anfangs unsicher durchs Wasser glitten, bis aus einzelnen Schlägen ein gemeinsamer Rhythmus wurde. Heute sind sie ein starkes Team, das Mut macht – sich selbst und anderen. Jasmin erzählte, wie wichtig das Paddeln nach einer Brustkrebsdiagnose ist: Es stärkt das Lymphsystem, hilft, die Beweglichkeit zurückzugewinnen, und wirkt wie eine Therapie für Körper und Seele. Konni ergänzte, dass jede Trainingseinheit ein Schritt zurück ins Leben ist – mit jeder Welle, mit jedem Ruderschlag. Und immer dabei: „Wir schaffen das gemeinsam.“

Ich fand das unglaublich inspirierend. Denn genau solche Initiativen zeigen, wie wichtig Reha-Sport und Prävention sind – Themen, die auch in Niedersachsen zunehmend in den Fokus rücken. Der Landessportbund und verschiedene Krankenkassen fördern gezielt Programme, die Menschen nach schweren Erkrankungen in Bewegung bringen. Prävention, so dachte ich während des Gesprächs, findet nicht nur in der Politik statt, sondern in der Gesellschaft, in diesem Fall auf dem Wasser, im Boot – Schulter an Schulter. Die Küstenpinkies erzählten

auch von ihren Erfolgen: vom Vizemeistertitel, von ihrer Teilnahme an der Europameisterschaft in Ravenna und vom Dokumentarfilm Pink Power, der sie über ein Jahr lang begleitet hat. Der Film zeigt, was

Mammographie-Screening bis zum 75. Lebensjahr. Seit Juli 2024 ist das in Niedersachsen möglich – und der Anstoß dazu kam tatsächlich aus Friesland. Die Petition #MammoBis75, gestartet von engagierten Frauen aus der Region, sammelte über 80.000 Unterschriften. Sie brachte Bewegung in die Bundespolitik. Diese Initiative hat mich tief beeindruckt, weil sie zeigt, wie viel aus Bürgerinnenhand entstehen kann – und dass politische Veränderungen oft dort beginnen, wo Menschen selbst aktiv werden.



sie stark macht – und wie sehr Gemeinschaft helfen kann, sich selbst wiederzufinden. Viele Zuschauerinnen hätten ihnen danach geschrieben, sagten sie, bewegt und dankbar. Der Höhepunkt: die NDR Talkshow um Barbara Schöneberger hat die Küstenpinkies ins Studio eingeladen!

In unserem Podcast ging es auch um Herausforderungen. Ein Team wie ihres lebt vom Engagement vieler Einzeller – von Zeit, Organisation, Spenden und Unterstützung. Doch was bei ihnen zählt, ist dieser unerschütterliche Teamgeist. Sie erzählten von Momenten des Zweifels, aber auch vom unbezahlbaren Gefühl, gemeinsam durchzuhalten – im Boot wie im Leben. Wir kamen auch auf ein wichtiges politisches Thema zu sprechen: das erweiterte

sieben. Danke für diesen einmaligen Podcast und danke für alles, was ihr tut!



[Link zur Podcast-Webseite](#)



[Link zur Folge mit den Küstenpinkies](#)

Wahlkreisbüro Sina Beckmann

Alter Markt 10, 26441 Jever

moin@sina-beckmann-gruene.de

Bürozeiten nach Vereinbarung



GRÜNES FRIESLAND

Grünes Friesland ist eine Zeitschrift für den Kreisverband Friesland.

Verantwortlich für den Inhalt:
Sina Beckmann, Alter Markt 10, 26441 Jever

Diese Zeitschrift wurde klimaneutral gedruckt.

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 15. MÄRZ